

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Wohnen

Kasten: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften
verpflichten sich dem Klimaschutz

Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung nutzen
Ökologische Modernisierung – Erhalt einer lebenswerten Natur und Umwelt

Kasten: Die Isar – Grüne Lebensader Münchens

Klimaschutz – Mit erneuerbaren Energien und Energieeinsparmaßnahmen
aus dem fossilen und atomaren Zeitalter!

Kasten: 20 % Erneuerbare Energien bis 2020

Mobilität und Verkehr

Öko-Region München: Lebensqualität erhalten und erweitern

Demografischer Wandel

Nachhaltige Finanzen auch in Zukunft

Wirtschaft

Leben mit Kindern:

Kasten: Kinderbetreuung

Jugendteil

Schule und Bildung

Kasten „Reformschule“

Frauen wollen mehr – Männer auch

Prostitution

Lesben, Schwule und Transgender in München

Integration gestalten: für eine interkulturelle Stadt!

Gesundheitspolitik

Kasten Heroin

Ernährung – gesund, bio und gentechnikfrei

Soziales

Bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung,
bürgerfreundliche Verwaltung

Grüne Sicherheitspolitik –

Sicherheitspolitik und liberales Großstadtleben verbinden

Rechtsextremismus

Kultur

München in Europa und der Einen Welt

Sport

**Beschlossene Fassung der Stadt-
versammlung**
**Achtung: Nicht redigierte und
gelayoutete Fassung**

GRÜN – DIE MODERNE GROßSTADTPARTEI FÜR MÜNCHEN

GRÜNE Politik ist vom Ansatz her global: Klima, Ökologie, Menschenrechte, Wirtschaft oder Migration machen nicht an den Grenzen halt – auch nicht an den Stadtgrenzen. Umsetzen müssen und wollen wir GRÜNE Politik aber hier in München, wo wir zu Hause sind.

Als Bürgermeister, Referentinnen und Referenten, Stadträtinnen und Stadträte, Bezirksausschuss-Mitglieder und aktive Bürgerinnen und Bürger arbeiten wir seit vielen Jahren daran, diese Stadt zugleich urban und weltoffen, aber auch vertraut und wohnlich zu gestalten. Wir versuchen dabei, sowohl die Probleme der Globalisierung und des Klimawandels als auch die Ärgernisse direkt vor unserer Haustür im Blick zu haben und Lösungen zu finden.

Mit Leidenschaft und Geduld, mit Pragmatismus und Augenmaß wollen wir München noch liebens- und lebenswerter machen.

Selbst mit starken GRÜNEN Fraktionen im Stadtrat und in den Bezirksausschüssen können wir nur dann etwas bewirken, wenn wir von vielen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden – beim Kampf um mehr Umweltschutz und um eine weltoffene Zivilgesellschaft. Wir werden uns auch in Zukunft kräftig in die Gestaltung dieser Stadt einmischen. Dafür brauchen wir Zuspruch und aktive Teilnahme von allen, die unsere Zielvorstellungen teilen.

□ GRÜN TUT MÜNCHEN GUT – GRÜN HEIßT KREATIV, VIELFÄLTIG, TOLERANT, URBAN

Die GRÜNEN prägen die Münchner Kommunalpolitik seit 17 Jahren. In dieser Zeit haben wir viel erreicht. München ist die Energiesparhauptstadt und bei den Metropolen die Solarstadt Nr. 1. In München haben sich viele innovative Firmen angesiedelt. Die Isar wird renaturiert und bekommt Badequalität. München bietet eine hohe Lebensqualität. München ist eine Stadt mit vielen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. München hat deutschlandweit vorbildliche Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten. Die GRÜNEN haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder als eigenständige Kraft und Innovationsmotor erwiesen. Und das war gut für München.

Die Münchnerinnen und Münchner wollen in einer liberalen und solidarischen Stadtgesellschaft leben. Sie wollen keinen Überwachungsstaat. Natur und Gesundheit sind ihnen wichtig. Bio boomt in München. Genfood ist nicht gewollt. Die Münchnerinnen und Münchner schätzen die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs. Sie lieben die Isar und den Englischen Garten. GRÜN passt zu München!

Großstädte wie München sind durch Dichte und Vielfalt gekennzeichnet. Gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Dynamik und Modernität – aber auch historische Erfahrung und Tradition – zeichnen sie aus. GRÜN steht für Urbanität, für eine kreative, vielfältige und tolerante Stadt. Wir wollen das Zusammenleben für alle lebenswert gestalten: für Frauen und Männer, für alt eingesessene Münchnerinnen und Münchner, für Einwanderinnen und Einwanderer aus allen Teilen Deutschlands, Europas und der Welt, für Menschen verschiedener Religionen und Ethnien, für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und unterschiedlichen Alters. Wir sind die moderne Großstadtpartei für München.

□ WIR WOLLEN MEHR GRÜN FÜR MÜNCHEN

Wir haben viel erreicht. Aber: Wir wollen noch mehr GRÜNE Innovationen für unser aller Zukunft: beim Umweltschutz, bei der Energie- und Verkehrspolitik, in der Bildung, bei der Integration.

Damit wir mehr von unseren Zielen im Stadtrat durchsetzen können, brauchen wir ein sehr gutes Wahlergebnis. Mindestens 15 Prozent ist unser Ziel!

Wohnen

Wohnen in München ist anders als in anderen deutschen Städten. Wohnraum ist knapp und teuer. München hat seit Jahren die teuersten Mieten der Republik und das nicht nur im Neubau, sondern auch im Altbestand. Die durchschnittliche Mietbelastungsquote liegt in München bei 30-35 % des Nettoeinkommens und dazu kommen noch Heiz- und Nebenkosten, bei Alleinerziehenden liegt sie sogar bei 40 %. Auch der individuelle Wohnflächenverbrauch nimmt weiter zu, wenn auch nicht mehr so steil. Der Anteil Single Haushalte liegt in München bei 55 %. Damit steigt natürlich auch der Bedarf an Wohnraum. Der Zuzug nach München ist angesichts der guten wirtschaftlichen Situation der Stadt ungebremst und zusätzlich hat die Stadt in Zeiten sinkender Kinderzahlen einen Geburtenüberschuss. München ist eine wachsende und prosperierende Stadt.

Das Nachsehen dabei haben die Schwächeren in der Gesellschaft. 57 % der Münchnerinnen und Münchner hatten 2004 nach § 9 WofG + 60 % (bei 3-Personenhaushalt bis ca. 60.000 € Bruttoeinkommen) grundsätzlich Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Der Sozialwohnungsbestand geht jedes Jahr durch Auslaufen der Bindungen oder frühzeitige Ablösungen immer mehr zurück. 2005 gab es in München 52000 Sozialwohnungen + 28000 Belegrechtsbindungen. Immer mehr Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die Folgen sind veränderte Bewohnerstrukturen und durch Modernisierungen häufig erhöhte Mieten. Damit geht weiter günstiger Wohnraum verloren.

Seit vielen Jahren versucht die rot-grüne Mehrheit mit städtischen Wohnungsbauprogrammen und Baurechtsausweisungen dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Mit Erfolg! Doch neben dem Neubau vieler Wohnungen und dem Erhalt preiswerten Wohnraums orientiert sich grüne Wohnungspolitik auch an den Bedürfnissen der Menschen und an den gesellschaftlichen Anforderungen der heutigen Zeit. Dazu gehören besondere Angebote für Familien, und Alte, innovative Wohnformen und ökologische Projekte.

Was wir erreicht haben:

Neubau

- Mit dem Programm Wohnen in München III haben wir von 2001 bis 2005 jährlich ca. 6000 neue Wohnungen geschaffen, davon ca. 1.570 im geförderten Wohnungsbau. Die Stadt investierte in diesem Zeitraum 296 Mio € in die Wohnungsbauförderung im Neubau.
- Mit der Umsetzung eines neuen Modells zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit - Programm KomPro B und C - wurden dem Sozialreferat langfristig 136 WE per anno mit gesicherten Belegrechtsbindungen zur Verfügung gestellt und jährlich 22 Wohneinheiten in sogenannten Clearinghäusern geschaffen. Dort werden Wohnungslose für 6 Monate aufgenommen und erhalten Hilfe bei der Abklärung ihrer Wohnperspektiven.
- Mit dem Beschluss Wohnen in München IV schaffen wir ca. 3500 WE jährlich von 2007 – 2011. Davon 1800 im geförderten Wohnungsbau
- Passivhäuser in Riem und am Ackermannbogen
- Förderung von Bauherrengemeinschaften
- Planung einer ökologischen Siedlung
- Wohnen ohne Auto in Riem
- Frauenwohnen in Riem
- Erweiterung des ökologischen Kriterienkatalogs

Altbau

-
- Das soziale Mietkonzept wurde weitgehend erhalten
- Projekt „Soziale Stadt“ in Berg am Laim und Giesing.
- Dauerhafte Belegungsrechte im städteigenen Wohnungsbestand für Sozialwohnungsberechtigte, Wohnungslose und Bedürftige
- Beibehaltung des Vorkaufsrechts und Erhalt preiswerten Wohnraums

- Selbstverpflichtung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bei Neubau und Sanierung 10 % den nach der Energieeinsparverordnung berechneten Transmissionswärmeverlust um 10 % zu unterschreiten und auf den Fernwärmebonus zu verzichten.

Was wir wollen

- Konsequente Umsetzung der Zielzahlen Wohnen in München IV und der Umsetzung des .
- Bessere Förderung von Baugemeinschaften und -genossenschaften durch Ausweisung kleinerer Parzellen, frühzeitige Option auf ein Grundstück für Planungs- und Gruppenfindungsphase, Bevorzugung von Baugemeinschaften bei Preisgleichheit
- Erhöhung der Anforderungen des ökologischen Kriterienkatalogs: Vergabe von städtischen Grundstücken mit der Auflage wo möglich im Passivhausstandard zu bauen.

- Bau städtischer Gebäude wo möglich im Passivhausstandard
- Förderprogramm zum Erwerb von Belegungsrechten an freien Wohnungen und für Genossenschaften. Denn nur diese beziehen die BewohnerInnen ein und sichern langfristig kostengünstigen Wohnraum
- Umbau der Wohnungsbauförderprogramme mittels eines bei „besonderer Ausstattung“ (wie Wärmedämmmaßnahmen oder Einsatz erneuerbarer Energien) möglichen Zuschlags bei der 1. Miete
- Bessere ökologische Ausstattung in Alt- und Neubau. Anhebung der städtischen Förderprogramme auf 20 Millionen Euro per anno für verstärkte Maßnahmen zur Wärmedämmung, Passivhäuser, Blockheizkraftwerke, Regenwassernutzungsanlagen, Solarthermie für bis zu 8.000 Wohneinheiten jährlich.
- Sowohl bei der Vergabe städtischer Grundstücke für den Wohnungsbau als auch bei der Sanierung von Wohnungen städtischer Gesellschaften muss die bundesweite Energiesparverordnung um 25% unterschritten werden. Grundlage dafür soll die Einführung eines ‚Münchner Sanierungsstandards‘ sein, für dessen Einhaltung auch private Gesellschaften gewonnen werden sollen.
- Mittels Gemeinschaftsräume, Bewohnertreffs und Mehrgenerationenhäuser sollen vielfältige integrative Angebote für Alt und Jung, Deutsche und Migranten sowie Lernhilfen für Kinder und Jugendliche im Wohnquartier gefördert und Selbsthilfe und Ehrenamt initiiert werden
- Ausbau von Betreuten Wohngemeinschaften für Alte Menschen auch im geförderten Bereich
- Verbesserung der Infrastruktur im Wohnumfeld von alten Menschen wie Netzwerke für Versorgung, Fahrdienste, Nachbarschaftshilfe, Organisation von Tagespflege etc.
- Barrierefreie Wohnungen als Standards und flexible Grundrisse für unterschiedliche Lebensabschnitte
- Die Hürden für den Zugang zu Sozialwohnungen sollen für Auszubildende gesenkt werden.
- Förderung einer sozial und ökologisch orientierten Stadterneuerung, vor allem in den Programmgebieten der ‚Sozialen Stadt‘.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften verpflichten sich dem Klimaschutz

Endlich haben es auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften begriffen. Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft und nicht nur ein Kostenfaktor. Im Februar 2006 gingen alle vier Münchner Wohnungsbaugesellschaften eine Selbstverpflichtung ein, bei allen Neubauten und Sanierungsmaßnahmen den spezifischen Transmissionswärmeverlust nach der Energieeinsparverordnung um 10 % zu unterschreiten und das ohne den Bonus für Fernwärmeversorgte Gebäude. Energiemanagement und Energieberichte unterstützen die Umsetzung der Selbstverpflichtung. Dies ist ein erster Schritt, die Energiebilanz der mehr als 40.000 städtischen Wohnungen zu verbessern und damit gerade in einem besonders effektiven Bereich, wie das Ökoinstitut in seiner Studie festgestellt hat, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Doch wenn wir die Senkung der CO₂ Emissionen bis 2030 um 50 % (vgl. Teil Klimaschutz) erreichen wollen, kann dies nur ein Anfang sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Wohnungsbaugesellschaften hier deutlich weitergehen und den Energieverbrauch mittelfristig um weitere 20 % senken.

Stadtplanung und Siedlungsentwicklung

Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung nutzen

München wächst und boomt. Und das wird in den nächsten Jahren auch so bleiben. Allein für das Stadtgebiet ist bis 2020 eine jährliche Zunahme der Bevölkerung von ca. 2.100 bis 3.500 Einwohner (je nach Prognoseszenario) sowie bis zum Jahr 2015 eine Zunahme der Erwerbstätigen um rund 20.000 prognostiziert. Aufgrund des Bevölkerungswachstums, aber auch wegen im Bestand wegfallender Wohnungen sowie des steigenden Wohnflächenbedarfs pro Person (0,15-0,20 m²/Person und Jahr) rechnet das Planungsreferat für die kommenden Jahre mit einem jährlichen Bedarf von 5.200 bis 7.000 Wohneinheiten mit einem Flächenverbrauch von 30-40 ha. Dadurch entsteht ein enormer Siedlungsdruck auf die Freiräume in der Stadt. Zudem werden die Mieten und Wohnungspreise wie auch das Verkehrsaufkommen weiter steigen. Die Wohnungs- und die Verkehrspolitik bleiben also brisante Felder der Kommunalpolitik (die grünen Ansätze zur

Lösung der Probleme siehe in Kap. xy). Doch der Boom bietet auch Chancen: München kann sich aufgrund des Wohlstandes und wegen der Effizienz aufgrund der Siedlungsdichte wichtige Infrastruktureinrichtungen für Kultur, Bildung, Sport, soziale Einrichtungen und öffentlichen Nahverkehr leisten, die Voraussetzung für die dauerhafte Attraktivität und soziale Stabilität der Stadt sind. Zudem muss sich die Stadt nicht alles von Investoren diktieren lassen, sondern kann die Stadtentwicklung gestalten. Diese Gestaltungsfreiheit wollen die Grünen für eine nachhaltige Stadtplanung nutzen, die sich zusammenfassend folgendermaßen skizzieren lässt:

Wir streben in der Siedlungsentwicklung eine dichte, am öffentlichen Nahverkehr orientierte Bebauung an, die Voraussetzung für eine Stadt der kurzen Wege und für die Rentabilität von Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten, Kindertagesstätten etc. ist. Die dichte Bebauung ist aber nur auszuhalten, wenn gleichzeitig größere und qualitätsvolle öffentliche Freiräume für Naturschutz und Naherholung erhalten und geschaffen werden und „grüne“ Wegenetze für Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen die Stadt flächendeckend erschließen. Konkrete Ziele sind:

- Das Verhältnis von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu Freiflächen, das derzeit im Flächennutzungsplan dargestellt ist (ca. 58% / 42%) soll erhalten bleiben. Das geht nur, wenn die Siedlungsentwicklung der nächsten Jahre größtenteils auf reststrukturierten Flächen und im Rahmen der Nachverdichtung stattfindet. Aufgrund der nicht mehr benötigten Bahnflächen und Kasernen hat München ein großes Potenzial für Restrukturierungsflächen. Darüber hinaus liegt das größte Potenzial für die Siedlungsentwicklung im nächsten Jahrzehnt in Freiham. Nachverdichtung findet ihre Grenzen in den wertvollen Bereichen der Gartenstädte, die verstärkt über Bebauungspläne geschützt werden müssen, seitdem die Gartenstadtverordnung der Stadt gekippt wurde. Legt man die o.g. Prognosen zugrunde, sind bei gleichbleibendem Anteil an Freiflächen von 42% in ca. 15-20 Jahren die Flächenpotenziale ausgeschöpft. Daher sind ein regionales Flächemanagement und regionale Zusammenarbeit dringend geboten (siehe Kapitel Region).
- Neue Siedlungen müssen ökologisch gebaut werden (siehe Kapitel Wohnen und Energie). Die Grünen streben in der nächsten Wahlperiode mindestens eine ökologische Modellsiedlung an, die weit über die gesetzlichen Standards hinaus geht.
- Freiflächen für die Naherholung sollen naturnah und vielfältig nutzbar gestaltet sein. Angesichts der angestrebten dichten Bebauung sollen die Richtwerte für die Versorgung mit privatem und öffentlichen Grün auf jeden Fall eingehalten werden. Zum Naturschutz siehe Kap. xy
- Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die sozialgerechte Bodennutzung (Gewinn durch Baurechtssteigerung fließt zum Teil in geförderten Wohnungsbau und soziale Infrastruktur) weiter geführt wird, da sie ein wichtiges Steuerungsinstrument für die soziale Mischung in neuen Stadtquartieren ist.
- Die Stadtteil- und Quartierszentren sollen gestärkt werden, um lebendige Stadtviertel zu ermöglichen. Im Falle des geplanten Einkaufszentrums im Münchner Süden kommt für uns nur der Standort Ratzingerplatz in Frage, da nur hier eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr besteht und ein Einkaufszentrum in angemessener Größe (unter 20 000 qm Verkaufsfläche) die Örtlichkeit deutlich aufwerten würde. Einkaufszentren auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

Planen und Bauen für die plurale Stadtgesellschaft

In der pluralen Stadtgesellschaft, in der sich die Menschen immer stärker individuell verwirklichen, hat man es mit ständig wandelnden Ansprüchen an gebaute und unbebaute Räume zu tun. Zudem muss die Planung sowohl auf den demographischen Wandel als auch auf die Zielsetzung einer familienfreundlichen Stadt reagieren, sowie den unterschiedlichen Bedürfnissen von Männern und Frauen Rechnung tragen. Gleichzeitig stehen sowohl den einzelnen Bürger/-innen als auch der Kommune weniger Finanzmittel zur Verfügung. Planung kann folgendermaßen auf diese gesellschaftlichen Ansprüche eingehen:

- Innen- und Außenräume müssen flexibel und vielfältig nutzbar sein (z.B. Wohnungen mit gleichwertigen Räumen, zusammenschaltbare Wohnungen). Mehrfachnutzungen von Einrichtungen und öffentlichen Räumen müssen verstärkt werden (z.B. Schulhöfe).

- Eine Mitsprache der Bürger/-innen in Planungsprozessen über die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung hinaus ermöglicht, dass Planung besser auf die Ansprüche vor Ort reagiert und fördert die Akzeptanz.
- Die kleinteilige Vergabe von Grundstücken schafft eine größere Vielfalt und Lebendigkeit.
- Zwischennutzungen sollten gefördert werden.
- Es müssen Kommunikationsräume geschaffen werden, damit die Gesellschaft nicht auseinander driftet und die Menschen in der Stadt nicht vereinsamen. Dabei kommt den öffentlichen Räumen eine besondere Bedeutung zu (siehe unten).

Hoher Stellenwert einer unverwechselbaren Stadtgestalt

Neben den oben genannten funktionalen Aspekten ist die Stadtgestalt ein wichtiger Aspekt der Planung. Die Qualität der Gestaltung bestimmt wesentlich die Attraktivität als Wohnort und als touristisches Ziel sowie die Identität der Stadt. Unabhängig davon, wie man inhaltlich dazu steht, zeigte das Bürgerbegehren zu den Hochhäusern im Jahr 2004 und die emotionale Diskussion darum, wieviel einem großen Teil der Münchner Bürger/-innen die Stadtgestalt bedeutet. Die Münchner Stadtgestalt ist geprägt durch die relativ behutsame Weiterentwicklung des Bestandes und die Ablesbarkeit der Geschichte. Darüber hinaus gibt es einige Beispiele herausragender moderner Architektur wie den Olympiapark. Allerdings gibt es in den neu entwickelten größeren Quartieren trotz (oder wegen?) Wettbewerbsverfahren vielfach gesichtslose Einheitsarchitektur. Die Münchner Grünen setzen sich für eine ästhetisch anspruchsvolle Architektur und Stadtstruktur ein.

Konkrete Ziele sind:

- Der Denkmalschutz muss möglichst weitgehend respektiert werden. Baudenkmäler sollen aber nicht museal veröden, sondern neuen Nutzungen zugeführt werden. Die Baugeschichte der Stadt in allen Epochen sollte weiterhin sichtbar sein. Aber Alt und Neu nebeneinander und gut aufeinander abgestimmt, kann in manchen Situationen durchaus reizvoll sein und der Stadt ein lebendiges und modernes Bild geben.
- Die relativ kleinteilige Stadtstruktur, v.a. in der Innenstadt, gibt München eine menschliche Maßstäblichkeit und bietet ein vielfältiges abwechslungsreiches Stadtbild. Architektur, die diese Maßstäbe sprengt, muss sich daher durch herausgehobene Bedeutung und hohe Gestaltungsqualität legitimieren.
- Das trifft insbesondere auf Hochhäuser zu: weit profilüberragende Gebäude müssen an einem angemessenen Standort, mit bester öffentlicher Verkehrserschließung ausgestattet sein. Bedeutungslose Investoren-Stapelware, die absehbar zu weithin sichtbaren Investitionsruinen verkommt, lehnen wir ab. Eine pauschale Höhenbegrenzung wie im Bürgerbegehren beschlossen halten die Grünen nicht für zielführend, da die Höhe nichts über die architektonische Qualität aussagt
- Bei neuen Bauvorhaben, gerade im Wohnungsbau, sollte eine mutigere und vielfältigere Architektursprache gefunden werden. In Realisierungs- und Gestaltungswettbewerben sollten energetische und ökologische Konzeption eine größere Bedeutung als Bewertungskriterien bekommen.
- Bei öffentlichen Bauaufträgen sollen KünstlerInnen und LandschaftsarchitektInnen bei der Planung mit einbezogen werden.

Schwerpunkt „Öffentlicher Raum“ (hier Motto von Urbanauten-Kampagne einsetzen, falls es eines gibt)

Als Ausgleich für die auch von den Grünen angestrebte dichte Bebauung (siehe oben) und als Ort der Kommunikation und des urbanen Lebens gewinnt der öffentliche Raum an Bedeutung. Die Münchner Grünen setzen sich dafür ein, dass mehr und schönere öffentliche Räume zum Verweilen einladen und dass die Autodominanz zugunsten von Fußgängern, Radfahrern und zugunsten einer attraktiveren Gestaltung zurückgedrängt wird. Konkrete Ziele der Grünen sind:

- Schaffung von mehr Spielstraßen/verkehrsberuhigten Bereichen in Wohnquartieren. Dies soll – wie in anderen Städten wie Berlin bereits praktiziert – auch ohne große kostspielige Umbauten ermöglicht werden. Mehr Fußgängerzonen, auch in den Stadtteil- und Quartierszentren, z.B. Pasing. Zudem streben wir die Erprobung von „Flanierzonen“ nach Schweizer Vorbild an (Beruhigung von Geschäftsstraßen auf Tempo 20, keine Umgestaltung nötig, Fußgänger haben Vorrang).
- München atmet auf: Nach dem Beispiel von „Paris respire“ sollen Straßen (-züge) zeitweise, z.B. jeden Sonntag, für Autos gesperrt werden, damit Leben auf den Straßen auch ohne, dass eine Veranstaltung ange-

meldet werden muss und ohne Konsumzwang stattfinden kann. Hier bieten sich Straßen an, die als Skater-routen geeignet sind, die in dicht bebauten Wohngebieten zum Flanieren oder Spielen auf der Straße ein-laden oder auf denen ein Wochenmarkt stattfinden könnte.

- Abbau von bürokratischen und finanziellen Hemmnissen bei der Organisation von Straßenfesten, z.B. durch ein Veranstaltungsbüro bei der Stadtverwaltung als zentrale Anlaufstelle.
- Gestaltung und Begrünung von Plätzen und Straßen wie z.B. der Harras.
- Da eine komplette Umgestaltung nur in Einzelfällen umsetzbar und finanzierbar ist, sollten verstärkt klei-nere „erste-Hilfe-Maßnahmen“ realisiert werden, die mit wenig Geld einiges an Aufenthaltsqualität schaffen, z.B. Umwandlung von einigen PKW-Stellplätzen in Fahrradstellplätze auf der Straße oder als Querungsbe-reich für Fußgänger über eine Straße; Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereichs, einzelne Baumpflan-zungen.
- Bei der Um- und Neugestaltung von Plätzen sind KünstlerInnen in der Konzeptionsphase miteinzube-ziehen, um sowohl die ästhetische Qualität der Planung zu erhöhen als auch für funktionale Erfordernisse kreative Lösungen zu finden.
- Überwindung von Barrieren (Schienen, Isar, Hauptstraßen, große Gewerbegebiete).

Ökologische Modernisierung – Erhalt und Gestaltung einer lebenswerten Natur und Umwelt

München ist grüner geworden, denn Natur und Umwelt spielen in der Stadtpolitik eine große Rolle. Sie sorgen für eine hohe Lebensqualität inmitten von Beton und Verkehr. Trotz ständiger Nachverdichtungen hat die Stadt in den letzten Jahren neue Grünflächen und Parks (Riem, Arnulfpark...) geschaffen und trotzdem viele Biotope erhalten. Insgesamt wurden in München in den letzten Jahren mehr Bäume gepflanzt als ge-fällt. Aus dem Entsiegelungsprogramm wurden wieder viele Flächen entsiegelt, Schulhöfe wurden begrünt und Freiflächen von Kindergärten naturnah umgestaltet.

Schaffung von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum in der Stadt steht häufig im Zielkonflikt mit dem Erhalt von Biotopen und Brachflächen.

Die Grünen trugen im Bündnis mit der SPD maßgeblich dazu bei, dass durch die Sicherung angemessener Ausgleichsflächen, durch fantasievolle und stadtklimatisch wirksame Vernetzung von Grünräumen ökolo-gisch verträgliche Lösungen durchgesetzt wurden, die im Konflikt zwischen dem Flächenverbrauch durch Wohnungsbau und dem Erhalt+Ausbau des Grüns in der Stadt vermitteln. Vor allem im Münchner Westen hat die Sicherung ökologischer Ausgleichflächen einiges zur Kompensation beigetragen. Ausgleichend muss auch weiterhin die Vernetzung und Pflege der bestehenden Naturschutzgebiete, Biotope und FFH Gebiete erheblich verbessert werden, um Natur auch in der Stadt erhalten zu können. Natürlich immer in einem ab-gewogenen Konzept mit den Nutzungsbedürfnissen der Menschen.

Was wir erreicht haben:

- Die gesamten Münchner Wälder sind Naturland und FSC zertifiziert.
- Der Anteil der Grünflächen, der als Blumenwiesen und nicht nur als eintöniger Vielschnittrasen bewirt-schaftet wird konnte erheblich gesteigert werden. Gehölzsäume werden weitgehend von der regelmäßigen Mahd ausgespart.
- Seit 2004 wird mit einer regelmäßigen Laubsammelaktion von Schulen und Kindergartengruppen die Ausbreitung der Miniermotte gesenkt, die für Schädigung der Kastanienblätter verantwortlich ist.
- Die Novellierung der Baumschutzverordnung hat den Erhalt und vieler Bäume im Innenstadtbereich gesi-chert und trotzdem die Bürokratie gesenkt
- Die Isarrenaturierung ist weiter voran gekommen. Die Umgestaltung des letzten Abschnitts zwischen Braunauer Eisenbrücke und Deutschem Museum ist beschlossen. Baubeginn wird Anfang 2007 erfolgt sein. Die Wasserqualität der Isar hat sich, dank des Engagements unseres GRÜNEN Bürgermeisters, deut-lich verbessert. Ebenso ist es ein grüner Erfolg, dass die Wassermenge der Isar zur Verbesserung der Fauna und Flora und zur Steigerung des Erholungswertes nach jahrelangen Bemühungen durch Ausleitungen aus dem Isarkanal bei Großhesselohe im Stadtgebiet mehr als verdoppelt wurde.

- Für die Würm wurde ein Maßnahmenkonzept zu den Bereichen Erholung, Gewässerökologie, Hochwasserschutz und Siedlungs- und Landschaftsbild erstellt, dessen Umsetzungsmöglichkeiten überprüft werden. Die Freifläche am Manzingerweg wird aufgewertet. Als BUGOA Projekte wurden Renaturierungsmaßnahmen vorgenommen und ein Kneippbecken angelegt.
- Auf Initiative des Bündnisses für Ökologie werden jetzt neben der Biotoppflege durch das Baureferat Biotope im Auftrag der Stadt auch vom LBV gepflegt
- Die Schaffung eines Naturerfahrungsraums in Johanneskirchen ist auch dem Bündnis für Ökologie zu verdanken
- Wir Grüne haben das Münchner Vorsorgemodell für die Errichtung von Mobilfunkmasten auf städtischem Grund durchgesetzt, mit dem die geltenden Grenzwerte für die Bevölkerung um mehr als 90% unterschritten werden.

Was wollen wir erreichen:

- Wir wollen die Vernetzung der Grünzüge in München weiter vorantreiben, denn diese dienen der Erholung der Münchnerinnen und Münchner und stellen einen ökologisch bedeutsamen Lebensraum für Flora und Fauna dar.
- Separate Kleinflächen wie begrünte Hinterhöfe oder Schulgärten sollen systematisch als ‚ökologische Trittsteine‘ in die Grünzugvernetzung einbezogen werden.
- Auch Gebäude sind Biotope. Gezielt sollen Maßnahmen für den Erhalt von Lebensräumen (Nistplätzen) für StadtbewohnerInnen wie Mauersegler, Fledermäuse und Turmfalken gesichert werden.
- Für die Fauna-Flora-Habitat-Gebiete, Naturschutzgebiet und Biotope müssen endlich Biotop-Management- und Pflegepläne erstellt werden, die auch zur Umsetzung des vorhandenen Arten- und Biotopschutzprogrammes durch einen noch zu gründenden Landschaftspflegeverband, in dem öffentlich und private Grundeigentümer zusammenarbeiten, koordiniert werden sollen. Für diese Aufgaben erfolgt eine personelle Aufstockung im Referat für Gesundheit und Umwelt und eine bessere Ausstattung der Naturschutzverbände mit Mitteln zur Pflege von Biotopen. Im Bündnis hatte dies bisher nachrangige Priorität. Wir werden es in der nächsten Periode einfordern.
- In den Münchner Naturschutzgebieten laufen Hunde frei, Müll wird abgeladen, Trampelpfade gehen durch Schutzzonen. Regeln werden nicht eingehalten. Information tut not. Deshalb fordern wir endlich ein Konzept, wie der Schutz von Pflanzen und Tierarten in den Münchner Naturschutzgebieten sichergestellt werden kann.
- der flächenhafte Naturschutz, mit dem auch die europaweite FFH-richtlinie umgesetzt werden soll, wird in der Stadtverwaltung neu geordnet und in das Referat für Gesundheit und Umwelt verlagert
- weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität der Badeseen, damit dauerhaft Grenzwerte für Gewässerqualität eingehalten werden können
- Aufstellung eines Fachplans "vorsorgender Bodenschutz" als Rahmenvorgabe für den Flächennutzungsplan mit dem Ziel die jährlich neu versiegelten/bebauten Flächen in der Stadt bis 2020 um mindestens 50% zu reduzieren und möglichst weitgehend durch Entsiegelung anderer Flächen zu kompensieren.
- Auch für private Grundeigentümer wollen wir erreichen, dass sie sich an den städtischen Vorgaben für die Errichtung von Mobilfunkmasten orientieren müssen.

Die Isar – Grüne Lebensader Münchens

Unser grüner Bürgermeister kümmert sich seit 10 Jahren um die Isar: um die Renaturierung sowie um die Reinigung und Erhöhung des Isarwassers.

Im Frühjahr 2007 wurde mit der Renaturierung des letzten innerstädtischen Teilstücks begonnen, so dass

wir im Winter 2008 wieder eine naturnahe Flusslandschaft an der Isar haben.

Besonders viel Engagement hat der grüne Bürgermeister in die Verbesserung der Wasserqualität gesteckt, da die entsprechende Reinigungstechnik – die Ultraviolettlichttechnologie – ja zur Verfügung stand. Nach langjährigen Verhandlungen mit den Bürgermeistern der anderen Isargemeinden sind inzwischen die meisten Kläranlagen mit Desinfektionsanlagen ausgerüstet. Im Sommer 2005 wurde am Münchner Klärwerk Gut Marienhof eine der größten Abwasserdesinfektionsanlagen in Betrieb genommen. Der Grüne Bürgermeister war auch bei der Erhöhung der Restwassermenge der Isar erfolgreich. So wurde mit den Stadtwerken vereinbart, dass künftig 12 statt 5 Kubikmeter in die Isar geleitet werden.

Klimaschutz – Mit erneuerbaren Energien und Energieeinsparmaßnahmen raus aus dem fossilen und atomaren Zeitalter!

Der Klimawandel ist da. Das können auch die letzten Realitätsverweigerer nicht mehr leugnen. Elf der zwölf wärmsten Jahre seit der Wetteraufzeichnung lagen in dem Zeitraum zwischen 1995 und 2006. Der Bericht des früheren Weltbank Ökonomen Nicholas Stern hat eindrücklich vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Klimakatastrophe gewarnt: Der neue UN-Klimabericht verdeutlicht ein weiteres Mal, vor welchen gefährvollen Veränderungen der Umwelt wir angesichts des Klimawandels stehen: Die Erde wird sich – mit unüberschaubaren Konsequenzen – bis Ende des 21. Jahrhunderts um bis zu 6,4 Grad erwärmen, wenn der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid nicht radikal vermindert wird. Die IPCC-Forscher geben den Industrienationen nicht mal mehr 15 Jahre Zeit für eine nachhaltige Trendumkehr beim Treibhausgas-Ausstoß. Vor diesen Gefahren haben wir Grüne schon vor Jahrzehnten gewarnt. Doch die, die uns damals als ökologische Spinner bezeichneten, überboten sich momentan an Vorschlägen zum Klimaschutz. Doch Vorschläge sind noch keine Taten und ob sich diesmal der Schutz der Menschheit gegen kurzfristige wirtschaftliche Interessen durchsetzen kann ist fraglich.

München hat auch ohne Gesetze und Vorgaben aus Berlin und Brüssel schon lange vieles für den Klimaschutz getan. Mit dem Beitritt zum Klimabündnis 1991 ging die Stadt erste Verpflichtungen zur Senkung des CO₂ Ausstosses ein. Damals wurden wichtige Weichenstellungen zum Klimaschutz auf den Weg gebracht. München ist inzwischen Bundeshauptstadt im Energiesparen und Solarhauptstadt unter den deutschen Metropolen.

Was wir erreicht haben:

- Mit dem Förderprogramm Energieeinsparung werden seit 1989 Energieeinsparmaßnahmen und erneuerbare Energien in privaten Münchner Haushalten bezuschusst. Die Anschubfinanzierung generiert jährlich 11 mal so viele Investitionen in den Klimaschutz als von der Stadt eingesetzt werden. Damit konnte der CO₂ Ausstoss jährlich um ca. 6000 t gesenkt werden.
- Das erweiterte Klimaschutzprogramm fördert vielfältige Projekte zum Klimaschutz.
- Mit dem fifty-fifty Projekt werden jedes Jahr Münchner Schulen motiviert Energie einzusparen, denn 50 % der eingesparten Energiekosten verbleiben den Schulen zur eigenen Verwendung.
- Bei allen städtischen Hochbaumaßnahmen im Neubaubereich wird die ENEV um 15 % und bei Fernwärmeversorgung um 55 % unterschritten.
- Ein Energiesparkonzept für 1000 städtische Gebäude
- Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben sich verpflichtet, bei Neubau und Altsanierung die ENEV um 15 % zu unterschreiten.
- Die SWM werden ab 2008 ein Klimaschutzpaket zur Energieeinsparung und -effizienz bei SWM Kunden in der Höhe von 10 Mill. € für 10 Jahre auflegen.
- Die SWM werden den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf mindestens 20 % des gesamten Stromverbrauchs im Münchner Netz ausbauen.

Wir wollen:

□ Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energie an der Eigenstromerzeugung der SMW auf 30 % bis 2020 und langfristig auf 50 %. Einen entsprechenden Anteil wollen wir in der nächsten Legislaturperiode erreichen.
· Reduzierung der CO₂-Emissionen alle 5 Jahre um 10% mit dem wichtigsten Meilenstein einer Halbierung der Pro.Kopf CO₂-Emissionen bis 2030 um 50% im Vergleich zu 1990, wie im Klimabündnis beschlossen.

· Aufstellen von dezidierten Programmen mit entsprechenden Maßnahmen wie z.B. ein Programm zur energetischen Sanierung weiterer 1000 Gebäude der Stadt. oder der sukzessiven Erneuerung der städtischen Fahrzeugflotte mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2012 auf 130g/km im Duschschnitt pro Fahrzeug zu reduzieren

· 30% Energieeinsparung bis 2030

· Verdreifachung des Förderprogramm Energieeinsparung für investive Maßnahmen auf 6 Mio Euro/Jahr. Damit können 60 Mio Euro private Investitionen ausgelöst werden, was vor allem der lokalen Ökonomie zugute kommt

· ein Klimaschutzbüro zur Bündelung und Vernetzung aller städtischer Aktivitäten im Klimaschutz. Außerdem unterstützt und initiiert das Klimabüro Maßnahmen zur Motivation der Bevölkerung für klimaschonendes Verhalten.

· ein Bündnis für Klimaschutz analog dem erfolgreich abgeschlossenen Bündnis für Ökologie

· Einführung eines Münchner Sanierungsstandard als breit anerkannten Qualitätsstandard, der über die gesetzlich vorgeschriebene Energieeinsparverordnung (EnEV) hinausgeht und dennoch wirtschaftlich ist (EnEV +)

· Kontrolle und Überprüfung der Einhaltung der Energieeinsparverordnung bei Sanierungs- und Neubau-maßnahmen

· Neubau städtischer Gebäude im Passivhausstandard

· 100 % M-Natur Strom für alle städtischen Gebäude

· Ausschließlicher Einsatz von Energiesparlampen in städtischen Gebäuden

· Nur Neukauf von energieeffizienten Geräten (Geräte der Energieeffizienzklasse A+(+)) in der Stadtverwaltung

· Längerfristig Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien bei den Stadtwerken auf 50 %

· Ausweitung der Umweltzone auf das ganze Stadtgebiet und Verschärfung der Standards (Euro Regelungen) für die Zufahrt. Denn schadstoffreiche KFZ stossen auch sehr viel CO₂ aus.

· Eine Beteiligung an extrem klimaschädlichen Kohlekraftwerken kann vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Reduktion von Treibhausgasen nicht mehr verantwortet werden. Auch wirtschaftlich sprechen neueste Studien über weltweit geringere Kohlereserven und die unabschätzbaren Entwicklungen der Bedingungen des Emissionshandels nach 2012 gegen Kohle. Deshalb werden wir weiteren Beteiligungen der SWM an Kohlekraftwerken nicht zustimmen.

20 % Erneuerbare Energien bis 2020

Im Herbst 2006 beschloss der Stadtrat auf grüne Initiative die Stadtwerke zu verpflichten, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Eigenstromerzeugung von heute 4,6 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen. Ein historischer Beschluss, denn bis zu diesem Zeitpunkt war das Engagement der SWM im Bereich der regenerativen Energien eher mäßig. Das Ökoinstitut Freiburg hat inzwischen ein Gutachten vorgelegt, das die Potentiale für München skizziert. Schwerpunkt wird neben den Beteiligungen an großen Windkraftanlagen und Solarthermieprojekten, die Nutzung der Biomasse in der Region und der Ausbau der Wasserkraft in Oberbayern sein. Aber auch Geothermie und Photovoltaikanlagen versprechen einige Potentiale. Wir fordern jetzt ein detailliertes Konzept, in welchen Schritten und mit welchen Projekten die SWM bis zum Jahr 2020 eine Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energien bei der Stromversorgung erreichen wollen.

Mobilität und Verkehr

Mobilität steht für Beweglichkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe am sozialen Leben. Dabei ist für die Grünen eine gender-differenzierte Betrachtungsweise selbstverständlich, um das Ziel – die Schaffung gleichwertiger Mobilitätschancen für alle – zu erreichen bzw. zu gewährleisten. Mobilität in Form von Kfz-Verkehr verursacht jedoch gleichzeitig die größten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Belastungen für die Münchnerinnen und Münchner. Er trägt mit seinen CO₂-Emissionen massiv zum Treibhauseffekt bei und verursacht Lärm, Luftschadstoffe, Flächenverbrauch, Zerschneidung von Lebensräumen, Sicherheitsrisiken durch Unfälle und hohe Kosten für private Haushalte, Unternehmen und die Öffentliche Hand. Schlecht organisierte Mobilität führt zur Immobilität durch Stau und Verspätungen.

Erfolge

In den letzten sechs Jahren haben wir in der Verkehrspolitik einiges erreicht:

- Das Parkraummanagement hat sich zum Erfolgsmodell entwickelt und wird in den nächsten Jahren innerhalb des Mittleren Ringes umgesetzt.
- Das Radverkehrsnetz wurde Zug um Zug weiter ausgebaut. Es konnten zunehmend auch Maßnahmen wie Öffnung von Einbahnstraßen, Markierung von Radstreifen oder Fahrradstraßen durchgesetzt werden. Die jüngsten Radverkehrszählungen des Planungsreferates zeigen, dass sich die Investitionen in den Radverkehr auch lohnen.
- Unsinnige und umweltzerstörende Straßenbaumaßnahmen wurden ad acta gelegt (z.B. Verlängerung der Ständlerstraße) oder zumindest geschoben (z.B. Südanbindung Perlach).
- Auf massives Betreiben der Grünen wurden die Weichen für eine großflächige Verkehrsberuhigung im Pasinger Zentrum im Zuge des Baus der Nordumfahrung gestellt.
- Das nachgewiesenermaßen effiziente Mobilitätsmanagement konnte sich neben den Infrastruktur-lastigen Verkehrsbereichen etablieren. Ein Bündel an konkreten Maßnahmen und Projekten des Mobilitätsmanagement wurde auf den Weg gebracht.

Ziele

Grüne Mobilitätspolitik organisiert Mobilität intelligent und ressourcenschonend. Ziel sind hohe Erreichbarkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, Gäste und Unternehmen bei gleichzeitiger Reduktion der Belastungen. Der Anteil des Kfz-Verkehrs an allen Wegen soll in den nächsten 6 Jahren erheblich gesenkt werden. Wir möchten bis 2014 mindestens den Anteil des ÖPNV von 22% auf 25%, den des Radverkehrs von 10% auf 15% und den des Fußverkehrs von 29% auf 30% steigern.

Das Grüne Mobilitätskonzept besteht aus sieben Säulen:

- Eine kompakte gut durchmischte Siedlungsstruktur gemäß dem Motto „Kompakt – Urban-Grün. Sie schafft eine Stadt der kurzen Wege, die Nahmobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad erleichtert und mit hohen Dichten um die wichtigsten Haltepunkte den effizienten Betrieb eines attraktiven Öffentlichen Verkehrs ermöglicht. Gleichzeitig wird zwischen den verdichteten Stadträumen Platz geschaffen für großzügige Grün- und Erholungsräume.
- Eine erhebliche Stärkung der Mobilität zu Fuß und mit dem Rad. Während in München nur rund 10% aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, sind es beispielsweise in Amsterdam oder Helsinki über 20%. In Kopenhagen werden 36 % der Wege zum Arbeitsplatz und zur Ausbildung mit dem Rad zurückgelegt, die Stadt Kopenhagen hat das Ziel diesen Anteil auf 50 % zu steigern. In München soll die Förderung des Radverkehrs weiterhin ein Schwerpunkt grüner Politik sein. Die Velocity-Konferenz zeigt, dass wir damit europaweit im Trend liegen. Fahrradfahren ist klimafreundlich. Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass bei einer Verlagerung von nur 30% der PKW-Fahrten unter 6 km auf den Radverkehr 7% des gesamten Kraftstoffverbrauchs der PKW's eingespart werden können, Dies gilt in gleichem Maße auch für den CO₂-Ausstoß. Zudem soll die Mobilität zu Fuß in den Fokus gerückt und erstmals systematisch gefördert werden. Hierfür muss es zum einen zu einer Umverteilung im bestehenden Straßenraum kommen und zum anderen zu einer besseren Ausschöpfung der Möglichkeiten der „Verkehrsordnung“ kommen. Dazu gehört ein Programm „100 Zebrastrassen für München“ nach dem Vorbild von Berlin. Damit werden gleichzeitig die Straßen wieder als urbane Freiräume und Aufenthaltsflächen nutz- und erlebbar. Die Förderung von Mobili-

tät zu Fuß und mit dem Rad ist auch Teil der Prävention in der Gesundheitspolitik.

Skandinavische Untersuchungen belegen, dass ein/e aktiver Radfahrer/Radfahrerin dem Gesundheitssystem Kosten zwischen 800 und 1200 Euro pro Jahr ersparen.

- Eine dynamische Weiterentwicklung des attraktiven Angebots im Öffentlichen Verkehr. Schon heute transportieren die Verkehrsmittel des MVV ca. 600 Mio. Fahrgäste pro Jahr schnell, sicher und umweltfreundlich an ihr Ziel. Dieses Angebot soll weiter ausgebaut und verbessert werden. Insbesondere werden sich die Grünen in den kommenden Jahren massiv für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und die schnellere Durchführung der Busbeschleunigung einsetzen. Wie in Frankreich soll der Bau von Straßenbahnen als Chance gesehen werden, die Straßenräume urban aufzuwerten. Wir fordern weiterhin vehement den 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien mit einem Ausbau des Südrings und der Außenäste.

- Ein wirksames Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Durch breite und systematische Information, Beratung, Motivation und (bei Kindern und Jugendlichen) Bildung können bis zu 5% des Pkw-Verkehrs eingespart werden. Diese Form des Marketings nachhaltiger Mobilität soll massiv ausgebaut werden, weil es im Vergleich zu Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in Verkehrstechnik relativ wenig kostet, nicht restriktiv ist und seine sehr hohe Wirkung bereits mehrfach nachgewiesen hat. Voraussetzung ist ein attraktives Verkehrsangebot im Umweltverbund. Eine flächenhafte Bewirtschaftung des Parkraums verhindert, dass Berufspendler mit dem Auto in die Stadt fahren und öffentlichen Straßen- und Stadtraum übermäßig als Parkflächen missbrauchen. Zudem stellt die Bewirtschaftung sicher, dass für Liefer- und Besucherverkehr ausreichend Stellplätze bereitgestellt werden können. KFZ-Verkehr soll durch eine abgestimmte Dosierung des Zuflusses in Bereiche außerhalb der Wohngebiete gehalten werden (Stau-Management). Die Zuflussdosierung soll langsam und bei gleichzeitiger Verbesserung alternativer Angebote eingeführt werden, so dass sich die Verkehrsteilnehmer daran gewöhnen und auf andere Verkehrsmittel umsteigen können. Insbesondere wenn die o.g. Maßnahmen keine befriedigende Wirkung hinsichtlich einer Reduzierung des Kfz-Verkehrs bewirken, sollte eine City-Maut erwogen werden.

Eine von der vorwiegend operativen Hauptabteilung IV (Straßenverkehr, Zulassung, Führerschein...) des Kreisverwaltungsreferats getrennte Grundsatz-Hauptabteilung Verkehr in der möglichst alle Zuständigkeiten für Verkehrsplanungen gebündelt und neue städtische Ziele aus einem planerischen Guss im Verbund entwickelt und gesteuert werden können.

- Realistischer und ökonomisch verantwortlicher Umgang mit Prestige- und Großprojekten. Großprojekte suggerieren einfache Lösungen und schaffen in den meisten Fällen doch mehr Probleme. Den Transrapid lehnen die Grünen ebenso ab, wie die dritte Startbahn des Flughafens München und den Ausbau des Flughafens in Oberpfaffenhofen. Stattdessen fordern wir die Investition der Gelder in den Ausbau der Straßenbahn, S-Bahn und der Stadt-Umland-Bahn sowie eine Begrenzung des stetigen Wachstums des klimaschädlichen Flugverkehrs z.B. durch eine höhere Besteuerung des Flugbenzins und einen massiven Ausbau der Bahn im Fernverkehr. Statt für den schlecht geplanten 2. S-Bahn-Tunnel setzen sich die Grünen für den Ausbau des S-Bahn-Südrings ein mit vergleichbarer Wirkung bei einem Bruchteil der Kosten. Ein Autobahn-Südring würde die wertvollen südlichen Erholungswälder Münchens zerstören und wäre ein Milliardengrab. Ihn lehnen die Grünen wie einige weitere sinnlose und landschaftszerstörende Straßenbauprojekte (siehe unten) ab.

- Regionale Lösungsansätze. Die Kooperation und Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung von Stadt und Umland muss zukünftig verbessert werden. Dies ergibt sich insbesondere daher, dass in München der Kfz-Verkehr bereits auf hohem Niveau stagniert und nur noch an der Stadtgrenze zunimmt (siehe Kapitel XX).

- Durch die Fortführung des Behinderten- und Alten-gerechten Ausbaus aller Verkehrswege und öffentlichen Transportmittel soll auch denen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, die Teilnahme am urbanen Leben ermöglicht werden. Partizipation ist auch hier Richtlinie unseres Handelns.

Maßnahmen

Moderne Mobilitätspolitik bündelt eine Vielzahl unterschiedlicher konkreter Maßnahmen zu abgestimmten Strategien und setzt diese effizient um. Alle Maßnahmen einzeln zu nennen würde den Rahmen eines Wahlprogramms sprengen. Deswegen werden im Folgenden tabellarisch die Wichtigsten vorgestellt.

ÖV Ausbau des Straßenbahnnetzes: Ziel der Grünen ist es, bis 2014 neben der „Kasernenlinie“ Tram 23, die Verlängerung der Tram nach St.Emmeram, die Strecke Pasing Marienplatz bis Pasing Bahnhof sowie die Nord- und Westtangente zu realisieren. Darüber hinaus soll die Tram nach Freiham soweit vorbereitet sein, dass sie mit Bezug der ersten Wohnungen in Betrieb genommen werden kann. Folgende Strecken sollen vertieft untersucht und geplant werden: Arabellapark-Englschalking als Alternative zur Verlängerung der U 4; Verlängerung von St.Emmeram Richtung Unterföhring oder Studentenstadt (in Kombination mit Stadt-Umland-Bahn); Verlängerung der Kasernentram Richtung Kieferngarten und Hasenberg; Verlängerung der Tram 18 vom Gondrellplatz Richtung Blumenau.

U-Bahn: Die Münchner U-Bahn ist ein unverzichtbares Massenverkehrsmittel, das gerade in der Innenstadt in punkto Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Kapazität das Auto überbietet. Allerdings ist die U-Bahn in Bau und Betrieb sehr teuer, so dass sie sich nur bei einer hohen Auslastung und Nutzungsdichte „lohnt“. Deshalb fordern wir, einen weiteren U-Bahn-Ausbau am Stadtrand einer kritischen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen, Alternativen (z.B. Straßenbahnverlängerungen) zu prüfen und umzusetzen und auf zu teure U-Bahn-Verlängerungen zu verzichten.

Bus: Vordringliche Maßnahmen sind die konsequente Busbeschleunigung sowie die Realisierung der im Ausblick von Top-Bus genannten Ausbaumaßnahmen.

S-Bahn: Für das Rückgrat des ÖPNV im Ballungsraum München fordern wir den 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien und den störungsarmen Betriebsablauf. Dafür muss das S-Bahn-Gesamtnetz ausgebaut werden. Dazu ist der Vollausbau des S-Bahn-Südringes ebenso notwendig wie der 2-gleisige und kreuzungsfreie Ausbau der Außenäste sowie die Trennung der S-Bahn-Gleise vom Fern- und Regionalverkehr.

Stadt-Umland-Bahn: Angesichts der wachsenden Verkehrsprobleme im Umland und der fehlenden tangentialen ÖPV-Verbindungen sollen die Planungen zur Stadt-Umland-Bahn auf der Basis der 2. Machbarkeitsstudie beschleunigt wieder aufgenommen werden. Der Einstieg kann durch Vorabrealisierung von Teilstrecken mit der Stadt-Umland-Bahn aufgeschlossenen Gemeinden, gemacht werden z.B. in Form von Straßenbahnverlängerungen oder priorisierten Busverbindungen.

Rad Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes-Rad bzw. des Realisierungsnetzes Radverkehr inkl. Beschilderung innerhalb von 15 Jahren. Bauliche Radwege sind nur in Einzelfällen sinnvoll. Die Radverbindungen sollen v.a. durch Abmarkierungen von Rad- und Angebotsstreifen auf der Straße bzw. Aufstellflächen in Kreuzungsbereichen, Fahrradstraßen, Tempobegrenzung für den motorisierten Verkehr und durch Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer sicherer, schneller und komfortabler werden.

Erhöhung der Investitionsmittel für den Radverkehr

Schnelle Umsetzung des neuen Beschilderungskonzepts nach den bundesweit anerkannten Qualitätsstandards für den Radverkehr

Zügige Umsetzung des Bike und Ride Konzeptes an S- und U-Bahnhöfen und des Fahrradstellplatzkonzeptes für die Stadtteil- und Quartierszentren, um ausreichende und qualitätsvolle Fahrradabstellmöglichkeiten zu schaffen.

Erlass einer Fahrradabstellsatzung für Neubauvorhaben, um ausreichende und qualitätsvolle Abstellmöglichkeiten auch auf privaten Grundstücken zu garantieren

Fuß

Verbesserung der Fußgängerdurchlässigkeit: d.h. mehr oberirdische und möglichst steigungsfreie Querungen, Gehwegnasen, Zebrastreifen, fußgängerfreundliche Ampelschaltung, Öffnung von Passagen, Verhinderung des Parkens auf Bürgersteigen, in Einfahrten und in Kreuzungsbereichen.

Schaffung von Fußgängerzonen in einzelnen Stadtvierteln

Fußgängerwegweisung und Fußgängerstadtplan für den Bereich innerhalb des Mittleren Rings unter Beachtung der Barrierefreiheit.

MIV, Straßenbau Die Münchner Grünen akzeptieren den Bau eines Tunnels am Mittleren Ring Süd-West. Der weitere Aus- und Neubau von Trassen und Spangen im Großraum München ist aus ökonomischen und ökologischen Gründen bis auf begründete Ausnahmen abzulehnen. Wir fordern u.a. den Verzicht auf die Südanbindung Perlach, die Nordostverbindung mit Ausbau Föhringer Ring und Johanneskirchner Spange, die Verlängerung der Ständlerstraße, die Staatsstraße 2063-neu (westlich Martinsried), den Autobahn-Südring, auf weitere Autobahnspuren, die Verlängerung der Stäblistraße, die Südostanbindung der Messe,

die Verlegung der Staatsstraße 2063 (Würmtal) mit Verlängerung nördlich der Lindauer Autobahn.

Der motorisierte Individualverkehr soll auf bestehenden Hauptstraßen gebündelt werden und die Wohngebiete durch begleitende Maßnahmen entlastet werden.

Beim Neubau von Erschließungsstraßen und in bestehenden Wohn- oder Geschäftsbereichen setzen sich die Grünen für mehr Verkehrsberuhigung und Fußgängerzonen ein. Dabei sollen im Bestand auch Modelle ohne große Umbaumaßnahmen umgesetzt werden.

Wir fordern die rasche Umsetzung der im Luftreinhalteplan beschriebenen Maßnahmen, insbesondere die Einführung der Umweltzone innerhalb des Mittleren Ringes und längerfristig die Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet.

Flughafen Die Grünen lehnen die dritte Startbahn für den Flughafen ebenso wie den Ausbau der Regionalflughäfen, Z.B. Oberpfaffenhofen, ab.

Zur Flughafenerschließung lehnen wir die Geldvernichtungsmaschine Transrapid ab. Verbesserungen der Anbindung sollen mit möglichst geringem Mittelaufwand geschaffen werden. Mögliche zusätzliche Schienenerschließungen des Flughafens sollen mit größtmöglichen Nutzen für die Stadtentwicklung verbunden sein.

Mobilitätsmanagement Wir fordern die Weiterführung und den Ausbau des Mobilitätsmanagements mit Mobilitätsberatung für verschiedene Zielgruppen bzw. Anlässe (Neubürger, Unternehmen, Schüler, bei Großveranstaltungen, Senioren), Marketing und Information. Zukünftig wird es eine Aufgabe sein, zusammen mit dem Umland ein regionales Mobilitätsmanagement zu etablieren.

Verkehrsmanagement Technisch unterstützte Verkehrssteuerung (Telematik) muss der Erhöhung der Sicherheit und der Verflüssigung des bestehenden Verkehrs dienen. Sie darf keinen neuen Autoverkehr induzieren. Dazu bedarf es einer Strategie der Verkehrssteuerung, die die verkehrspolitischen Ziele der Stadt München umsetzt. Konkret muss stellenweise der Zufluss gedämpft werden (was nebenbei das Funktionieren der Grünen Welle sichert), Staus werden in unempfindlichere Gebiete verlagert, die ÖPNV-Beschleunigung soll weiterhin ausgebaut und gesichert werden.

Transrapid: Milliardenteurer Geschwindigkeitsrausch

Der Bau einer Magnetschwebbahn vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen ist ein Prestigeprojekt der Bayerischen Staatsregierung, das jeden wirtschaftlich vernünftigen Rahmen sprengt. Über 2 Milliarden Euro wollen Bund und Freistaat ausgeben, um die Flughafen-Verbindung 10 Minuten schneller als eine Express-S-Bahn zu machen, während das S-Bahn-System jahrzehntelang vernachlässigt wurde und dringend zusätzliche Investitionen benötigt. Lärm und Erschütterungen drohen die Lebensqualität der Anwohner der Transrapidstrecke im Münchner Norden zu beeinträchtigen.

Die Münchner Grünen lehnen daher den Bau des Transrapid ab. Die rot-grüne Mehrheit im Münchner Stadtrat ist sich einig, alle politischen und juristischen Mittel zu nutzen, um diesen verkehrs- und finanzpolitischen Wahnsinn zu stoppen. Dazu gehört auch, Investitionen der Flughafen München GmbH (die sich zu 23 % im Besitz der Stadt München befindet) in den Transrapid zu blockieren.

Um die Anbindung an den Flughafen zu verbessern, favorisieren wir den Bau einer Express-S-Bahn, die auch Perspektiven für die Stadtentwicklung im Münchner Osten bietet.

3. Startbahn

Das rasante Wachstum des Münchner Flughafens schafft Jobs – aber auch Probleme. Viele Anwohner leiden schon jetzt unter dem Fluglärm, die geplante 3. Startbahn würde noch mehr Menschen in Mitleidenschaft zu

ziehen – manche drohen sogar ihre Heimat zu verlieren.

Das ungebremste Wachstum des Flugverkehrs ist unter ökologischen Aspekten eine krasse Fehlentwicklung, die jedoch mit den Instrumenten der Kommunalpolitik kaum zu korrigieren ist. Solange auf Flugbenzin keine Steuer erhoben wird und solange den Luftfahrtunternehmen Flugverkehr keinerlei Anreiz zur Vermeidung von CO₂-Emissionen geboten wird, wird die Viel- und Billigfliegerei zulasten der Umwelt und der Anwohner der Flughäfen weiter zunehmen. Unter ökologisch vernünftigen Bedingungen wären die bestehenden Flughafenkapazitäten ausreichend. Die Grünen stehen daher für eine Begrenzung des Flugverkehrs, der sich auf die Bewältigung großer Entfernungen konzentrieren muss und dessen Preise auch die ökologischen Kosten widerspiegeln müssen.

Öko-Region München: Lebensqualität erhalten und erweitern

Die Region München ist im Vergleich mit anderen deutschen Stadtregionen einer der wenigen Wachstumsräume. Verschiedene Prognosen gehen von Bevölkerungszuwächsen in der Region von rund 200.000 neuen Einwohnern bis 2020 aus. Der größere Teil dieses Zuwachses wird dabei im Umland erfolgen.

Der dadurch resultierende Bedarf an neuem Wohnraum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, das dadurch verursachte zusätzliche Verkehrsaufkommen und die Inanspruchnahme von Freiflächen stellt die gesamte Region vor schwierige Aufgaben.

Bisher führen kommunale Eigeninteressen einzelner Städte und Gemeinden zu Lasten einer abgewogenen regionalen Entwicklung sowie ein ziemlich zahlloser regionaler Planungsverband immer wieder zu Fehlentwicklungen. So werden neue Gewerbegebiete und Einzelhandelsgroßprojekte am Gemeinderand ausgewiesen, um zusätzliche Kaufkraft aus der Nachbargemeinde abzuziehen und die Verkehrsauswirkung auf fremdes Nachbargebiet abzuwälzen. Durch immer größere Randsortimente wird der Einzelhandel in integrierten Lagen zerstört, was zu immer schwierigeren Versorgungssituationen in kleinen und mittleren Orten führt. Darüber hinaus verschärft die Siedlungsentwicklung in der Fläche, jenseits von einem leistungsfähigen Nahverkehr, die ohnehin schwierige Verkehrssituation.

Nur durch eine abgestimmte Regionalentwicklung kann eine innerregionale Konkurrenz z.B. bei der Ansiedelung von Gewerbebetrieben oder großflächigem Einzelhandel vermieden werden.

Ziel einer geordneten regionalen Entwicklung muss es sein,

- eine überörtlich abgestimmte Siedlungsentwicklung mit Priorität für die Innenentwicklung (Nachverdichtung, Nutzung von Konversionsflächen, Schließung von Baulücken etc.) voranzutreiben,
- eine ungegliederte Siedlungsentwicklung in der Fläche ohne ÖPNV-Anbindung mit zwangsläufig starker Verkehrszunahme zu verhindern,
- Missverhältnisse zwischen Wohnen und Arbeiten zu vermeiden,
- eine kleinräumige Nahversorgung zu erhalten, die zentralen Standorte zu stärken und eine Einzelhandelsentwicklung an nicht integrierten Standorten zu begrenzen,
- die Freiräume zu sichern sowie die Grünzüge in Stadt und Umland zu vernetzen, damit wertvolle Flächen für Flora und Fauna erhalten bleiben und die wachsende Bevölkerung einen Zugang zu attraktiven Naherholungsräumen erhält,
- gemeinsame Konzepte zu entwickeln für überörtliche Ver- und Entsorgungseinrichtungen (z.B. Abfall und Abwasser),
- die gesamte Region zur Top-Öko-Region in Europa zu entwickeln durch effiziente Energienutzung, einem hohen Anteil an regenerativen Energien und einem sparsamen Umgang mit Ressourcen,
- den ÖPNV auszubauen, insbesondere die S-Bahn, um den vorhandenen sowie den zusätzlichen Verkehr der Zukunft umweltgerecht zu bewältigen und vorhandene Umweltbelastungen zu reduzieren,
- das regionale Busnetz zu stärken und eine Stadt-Umland-Bahn einzuführen um die „Querverbindungen“ zu verbessern, sowie das Bike + Ride-Angebot deutlich auszubauen,
- einen Luftreinhalteplan für den Ballungsraum München zu erarbeiten,
- regionale Konzepte im Bildungsbereich (vor allem bei den weiterführenden Schulen) sowie im Gesundheitswesen zu erarbeiten und
- eine größtmögliche soziale Mischung zu erhalten bzw. zu fördern und ausreichende Angebote für sozial Schwache in der gesamten Region zu bieten, z.B. im Bereich des geförderten Wohnungsbau.

Um diese Ziele in der Region München umsetzen zu können, bedarf es einer deutlichen Stärkung der Regionalplanung. Die GRÜNEN in Stadt und Umland fordern daher

- die Schaffung von regionalen Gremien mit einer demokratischen Legitimation durch Direktwahl (analog den Planungsverbänden in den Regionen Stuttgart, Frankfurt oder Hannover),
- die Einschränkung der kommunalen Planungshoheit zugunsten einer regionalen Planungshoheit sowie
- die Entwicklung von Instrumenten für einen fairen interkommunalen finanziellen Ausgleich, der außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt und ungezügelte Gewerbeansiedlungen zu Lasten von Nachbargemeinden verhindert.

Demographischer Wandel

Keine Frage, die Veränderung unserer Gesellschaft ist bereits im vollen Gange: Wir werden weniger, älter, bunter.

Nach neuesten Erkenntnissen wird in München die Einwohnerzahl zwar stagnieren, dabei der Anteil der älteren Menschen aber deutlich ansteigen.

Daseinsvorsorge

Im Gesamtbereich der Daseinsvorsorge, also bei der Bereitstellung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Dienstleistungen wie z.B. Kindergärten und Schulen, Altenheime und Krankenhäuser, Museen und Büchereien aber auch Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft wird es durch die Neuzusammensetzung der Altersstruktur der Bevölkerung zu Veränderungen kommen.

Deshalb ist es wichtig und nötig, die Veränderungen rechtzeitig wahrzunehmen um dauerhaft adäquate Angebote zu gewährleisten.

Unser Ziel ist, auch unter den veränderten Bedingungen eine soziale und solidarische Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen – in einem gesellschaftlichen Klima, das ein Miteinander der Generationen und Kulturen prägt.

Es wird eine zentrale Aufgabe der Politik sein, den unvermeidlichen Wandel für alle möglichst gerecht zu gestalten.

Der Schwerpunkt zukünftiger Stadtpolitik muss die kinder- und altengerechte Stadtentwicklung sein hin zu einer „grünen Stadt“ mit mehr Freiräumen und qualitativ hochwertigen Erholungsräumen.

Das neue Leitbild muss die ökologische Innenstadt für alle Generationen werden.

Weniger Kinder

Klar scheint zu sein, dass es weniger Kinder geben wird; eine „Geburtenpolitik“ wollen wir aber nicht, da sie selbst auf lange Sicht nur geringen Einfluss hätte und wir den Menschen nicht vorschreiben können, Kinder zu bekommen.

Allerdings wollen wir die Menschen unterstützen, die sich Kinder wünschen, denen das Leben mit Kindern aber unnötig schwer gemacht wird.

Diese Aufgabe hat die Politik in den vergangenen Jahren angenommen – der Wandel zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft ist zumindest in Gang gekommen.

Neue Politik für ältere Menschen

Was noch fehlt ist eine neue Politik für ältere Menschen in der alternden Gesellschaft.

Die meisten älteren Menschen wollen so lange wie möglich selbstbestimmt leben.

Es gilt deshalb alternative Wohnformen zu finden bzw. zu unterstützen, die es erlauben, den eigenen Tagesablauf so individuell wie möglich zu gestalten, aber dort Hilfe zu bekommen, wo sie benötigt wird.

Bis zum 80. Lebensjahr sind die Menschen in der Regel nicht auf Pflege angewiesen. Das durchschnittliche Alter für den Einzug in ein Heim liegt derzeit bei 84 Jahren, aber 90% der Menschen sterben in Pflegeheimen oder Krankenhäusern - grundsätzlich wird der Bedarf nach Pflege und damit auch deren Anforderung steigen.

Noch findet ca. 70% der Pflege in den Familien statt; das kann und wird aber nicht immer so weitergehen. (Schwieger-) Töchter können und wollen nicht mehr die Hauptverantwortlichen für die Pflegearbeit sein. Dazu kommt, dass in einem urbanen Gebiet wie München, die Zahl der „Single-Pflegebedürftigen“ ohne direktes familiäres Umfeld steigen wird.

Wir benötigen deshalb alternative Versorgungsformen sowie stabile Hilfenetze aus Angehörigen, professionellen Diensten und Ehrenamtlichen.

Es gibt keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass Ältere insgesamt weniger leistungsfähig sind als Jüngere; ihre Potenziale bleiben aber weitgehend ungenutzt.

Eine neue Kultur der Altersarbeit und der Anerkennung gesellschaftlicher Leistungen ist nötig; Älterwerden

ist kein Defizit, vielmehr eine Entwicklung, die neue und veränderte Kompetenzen mit sich bringen kann, beruflich wie sozial.

Antworten am Arbeitsmarkt sind deshalb auch in den Themenbereichen „Lebenslanges Lernen, flexible Erwerbsbiografien, neue Perspektiven für ältere Beschäftigte und die Neuorganisation der Lebensarbeitszeit“ zu finden.

Mobilität im Alter

Weil wir mehr mobile „junge“ Alte haben werden, wird es notwendig sein, einen gut ausgebauten, altersgerechten Öffentlichen Nahverkehr und eine gesicherte Fahrradinfrastruktur zu haben - beides sind seit langem Anliegen der Münchner Grünen und werden es auch bleiben.

Die Politik muss sich auf Migranten einstellen, die immer älter werden und einen Altenhilfepflegebedarf aufweisen.

Nachhaltige Finanzen auch in Zukunft Licht am Horizont aber noch keine Entwarnung

Finanziell hat die Stadt wieder Boden unter die Füße bekommen. Nach einigen Jahren mit erheblicher Neuverschuldung trotz kraftvoller und schwieriger Einsparungen, gelingt es derzeit Schulden wieder abzubauen. Dies ist die Folge einer wieder sprudelnden Gewerbesteuer sowie jahrelanger Konsolidierungsanstrengungen bei der städtischen Haushaltspolitik. Rot-grün ist nicht den ständigen populistischen Traamtänzereien der CSU aufgesessen gleichzeitig Schulden abzubauen, die Steuern zu senken und die Ausgaben zu erhöhen – damit wäre der Haushalt an die Wand gekracht. Rot-grün hat sich der Finanz-Verantwortung gestellt und notwendige Einsparungen beschlossen ohne dabei die unabweisbaren Notwendigkeiten kommunaler Leistungen aus dem Auge zu verlieren.

Auch wenn es derzeit möglich erscheint, den Schuldenberg wieder unter die drei Milliarden Euro-Grenze zu drücken, darf dies nicht dazu führen, mit den Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen: Schuldendienstleistungen von über 300 Millionen Euro pro Jahr schränken die Handlungsmöglichkeiten ein und stehen für wichtige Aufgaben wie Bildung, Ökologie, Soziales oder Kultur nicht zur Verfügung.

Faire Behandlung durch Bund und Land

Ein Teil der städtischen Finanzprobleme rührt daher, dass die von Bund und vor allem vom Land auf die Kommunen übertragenen Aufgaben völlig unzureichend finanziert werden. Allein dafür, dass die Stadt eigene Schulen betreibt – obwohl dies nach der Verfassung Aufgabe des Freistaates ist – führt zu jährlichen Belastungen von 170 Millionen Euro die eigentlich vom Land zu tragen wären. Wenn die Stadt diese Mittel in den letzten Jahren erhalten hätte, wäre sie schuldenfrei, aber der Freistaat könnte keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Ziele

Die Grünen werden sich in München weiterhin dafür einsetzen

- Dass die Konsolidierungsleistungen im Rahmen grünen Nachhaltigkeitspolitik mit Vernunft weitergeführt werden um zukünftige Risiken zu vermeiden und der nächsten Generation nicht einen riesigen Schuldenberg zu überlassen.
- Dass die Stadt für die von ihr übernommenen oder die ihr übertragenen Aufgaben finanziell von Bund und Land ausgestattet wird.
- Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wollen wir Grünen im Haushalt einen Schwerpunkt setzen auf Klimaschutz einerseits, Kinder-, Jugend- und Bildung andererseits. Denn dies sind zentrale Bereiche, in die investiert werden muss, um und´ser aller Zukunft zu sichern.

Um Geschlechterdemokratie, d.h. der Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, ist der erste zwingende Schritt die Einführung von Gender Budgeting. Diesen Schritt haben wir Grünen 2002 mit der Durchsetzung eines Stadtratsbeschlusses zu geschlechtergerechten Haushalten in der Stadtverwaltung gemacht. Unser nächstes Ziel ist die zügige Umsetzung dieses Beschlusses in allen Bereichen der Stadtverwaltung.

Programmteil Wirtschaft

Wirtschaftsstandort München

München und das Umland bilden eine der stärksten und prosperierendsten Wirtschaftsregionen in Deutschland und Europa. München ist im Großstadtvergleich die Stadt mit der geringsten Arbeitslosenquote von durchschnittlich 6-7% in den letzten Jahren. Der Mix aus Dienstleistungssektor, High Tech, Medien, Wissenschaft und Forschung, Tourismus, Handel und in zunehmenden Maße der Gesundheitswirtschaft machen München zu einem vielseitigen Wirtschaftsstandort.

Die Grünen begrüßen die leistungsstarke Wirtschaftskraft Münchens insbesondere mit ihrer Wirkung auf Beschäftigung, sehen aber auch die sich daraus ergebenden Probleme mit hohen Mieten und Zersiedelung. Die Stärke von Münchens Wirtschaft besteht in der Vielseitigkeit ihrer Betriebe, in der Mannigfaltigkeit ihrer Produkte, in der großen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen – vergleichbar mit der Artenvielfalt eines funktionierenden und anpassungsfähiges Ökosystems. Diese "Artenvielfalt" sehen wir gefährdet – durch Konzentrationsprozesse multinationaler Unternehmen, Banken und Versicherungen einerseits und die in den vergangenen Jahren kontinuierlich abnehmende Zahl der handwerklichen Betriebe und auch den Rückgang der vom verarbeitenden Gewerbe erzeugten Umsätze andererseits.

Die Grünen messen die Zukunft einer Wirtschaftsmetropole insbesondere an ihrer Nachhaltigkeit, ökologische Verfahren und Produkte müssen auch weiterhin unterstützt werden. Dass durch betrieblichen Umweltschutz Gewinne erwirtschaftet werden können, zeigt das Ökoprotit-Programm München. Wir fordern einen Ausbau von technischen und organisatorischen Maßnahmen in Betrieben, Wasser und Energie einzusparen, Abfall zu vermeiden sowie Emissionen zu reduzieren.

Münchens Wirtschaftsstruktur ist international ausgerichtet, ein weltoffenes Klima ist für München und seine Bevölkerung unabdingbar. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung beträgt 23%. Dieser Entwicklung muss München Rechnung tragen mit spezifischen Programmen um Migrantinnen und Migranten, besser in die Wirtschaftsstruktur Münchens zu integrieren, aber auch durch eine stärkere Einbindung des Bildungssystems in die internationale Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes München.

Nachhaltige und kreative Wirtschaftsförderung

Den Beweis, dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sein müssen, liefern die mehr als 170 000 Arbeitsplätze, die durch Umweltechnologie-Unternehmen in den letzten Jahren in Deutschland geschaffen wurden – darunter auch Tausende in München. Diese allein ersetzen allerdings nicht ganz die durch Rationalisierung und Verlagerung von Produktionen in Billiglohn-Länder wegfallenden Jobs. Auch München muss sich dem weltweiten Wettbewerb stellen. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik bedeutet für uns daher auch, die Wirtschaftskraft Münchens zu erhalten und fit für eine globalisierte Welt zu machen. Gute und solide Ausbildung ist dabei ein wichtiger Baustein und darüber hinaus ein Pool an hoch qualifizierten Spitzenkräften..

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sind weitere wichtige Eckpunkte für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Kleinere und mittlere Unternehmen stärken/Existenzgründungen fördern

Die Grünen unterstützen das Münchner Gewerbehofprogramm, das gerade kleinere und mittlere Unternehmen fördert, durch günstige Konditionen, verdichtete Bauweise werden Kosten reduziert und die Entwicklungschancen von Unternehmen verbessert.

Die Gewerbehöfe unterstützen aktiv Existenzgründungen bei ihrem Start, die einen wichtigen Beitrag für die vielfältige Wirtschaftsstruktur in München leisten.

Die Grünen fordern den Erhalt der Existenzgründer Programme wie das Existenzgründerbüro, in denen neben Qualifizierung, Beratung auch die finanzielle Förderung der Aufbau und Ausbau der Selbstständigkeit begleitet wird.

Ebenso unterstützen wir den Erhalt und den Ausbau von speziellen Beratungsangeboten für Frauen um die Existenzgründungen von Frauen zu steigern.

Wir setzen auf Kreativität und Innovationsbereitschaft und machen folgende konkrete Vorschläge:

- Fortsetzung und Vertiefung von „Ökoprofit“. Infolge des neuen Bewusstseins von der drohenden Klimakatastrophe ist die Innovationsbereitschaft z. B. in der Energietechnik besonders hoch. Umwelttechnologie ist dabei, ein regelrechter Jobmotor zu werden. Besondere Chancen sehen wir darin für das Handwerk und unternehmensnahe Dienstleistungen.
- 2. Der Ausbau des regionalen Wirtschaftskreislaufs ist innerhalb der Stadt und mit den umliegenden Landkreisen vor allem bei Nahrungsmitteln, landwirtschaftlichen Produkten, handwerklichen Dienstleistungen, Energieversorgung und im Bereich der Abfallwirtschaft anzustreben. Die Förderung der regionalen Wirtschaft soll auch durch die Vernetzung von überregional ausgerichteten Unternehmen mit regional agierenden Betrieben erreicht werden. Dadurch werden auch kleine und mittlere Betriebe gefördert.
- 3. In der IT-Branche den Schwerpunkt auf Förderung – auch durch Auftragsvergabe - von kleinen setzen, vor allem bei Software-Entwicklung und Open-Source-Konzepten; Verbesserung der Medienkompetenz nicht nur von Schülern, sondern auch von älteren Menschen durch attraktive Schulungsprogramme. Ausbau der städtischen IT-Infrastruktur.
- 4. Da Softwarepatente die Chancen kleiner Entwickler drastisch beeinträchtigen, lehnen wir sie ab. Urheberrechte auf diesem Gebiet sind als Copyright zu sichern. Wir unterstützen das Bündnis gegen Softwarepatente, dem zahlreiche Münchener Kleinunternehmen angehören.
- 5. Roundtable der Medienwirtschaft: München ist der wichtigste Standort für Buchverlage. Deren Existenz ist oft durch die Umstrukturierung der Medienlandschaft gefährdet. Wir wollen Neue Medien und traditionelles Verlagswesen zusammenbringen, um Konzepte von gegenseitigem Nutzen zu entwickeln.
- 6. Unterstützung der Clusterbildung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf den Gebieten Medizintechnik, Lebenswissenschaften und Gesundheitswirtschaft, um so Synergieeffekte auszulösen. Bessere Koordination zwischen Stadt, Unternehmen und Hochschulen.
- 7. Die Hochschulen auch kommunalpolitisch ernst nehmen als Zentren, von denen technologische Impulse - z.B. bei Materialforschung und Nanotechnologie - ausgehen. Innovative Neu- und Ausgründungen wollen wir durch attraktive Rahmenbedingungen, z.B. Vermittlung von Immobilien, an München binden
- 8. Internationalität: Vernetzung mit vergleichbaren Großstädten mit Technologie-Schwerpunkt weltweit (z.B. Bangalore oder Shanghai), Städtepartnerschaften mit Leben füllen. Sponsoren zur Finanzierung von Stiftungsstipendien für Studierende aus Partnerstädten gewinnen.
- 9. München im Tourismus als „Green City“ / „Eco City“ profilieren. Im weltweiten Wettbewerb kann München mit seinen außerordentlichen Erlebnisqualitäten zu Fuß, per Rad oder ÖPNV sowie dem hohen Anteil an Grün- und Erholungsflächen punkten. Welche internationale Metropole hat schon einen Fluss, in dem gebadet werden kann? Zusätzlich sind die Unternehmen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft zur Teilnahme am Ökoprofit-Programm zu gewinnen und zur Profilierung des Speisenangebots mit mehr regionalen und ökologischen Gerichten. Bei Großveranstaltungen ist die Fortsetzung des erfolgreichen Abfallentsorgungsregimes fortzusetzen – kein Rückfall in den Wegwerfkonsum früherer Jahre.
- 10. Die Stadt soll gemeinsam mit den Kammern, Banken und Venturekapital-Anlegern ein Konzept zur Förderung von Existenzgründungen zu und innovativen Geschäftsideen von KMUs entwickeln. Hauptziel: Kredite mit ausreichender Laufzeit für Neugründungen und Innovationen von der Geschäftsidee bis zur rentablen Markteinführung. Im Hightech-Bereich sind dazu oft mindestens 5 Jahre nötig.
- 11. Viele ImmigrantInnen sind bereit, eigene Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Sie

haben noch größere Schwierigkeiten, günstige Kredite zu erhalten, als ihre deutschen KollegInnen. Wir wollen, dass die Stadt München die Initiative ergreift, diesem Missstand abzuwehren.

12. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt als öffentlicher Auftraggeber die Einhaltung von Tariflöhnen über das gesetzlich Notwendige hinaus kontrolliert. Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsbedingungen erteilen wir eine klare Absage.

Kommunale Beschäftigung und Qualifizierung

Der Münchner Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren insofern gewandelt, dass der Dienstleistungssektor einen großen Teil des Arbeitskräftepotenzials bindet.

Infolge des strukturellen Wandels entstand auf der einen Seite wachsende Anzahl an hochqualifizierten Beschäftigten, auf der anderen Seite aber wurden Arbeitsplätze für gering Qualifizierte abgebaut, bzw. ins Ausland verlagert. Diese Entwicklung sehen wir Grüne mit großer Sorge, da gerade Arbeitssuchende mit geringerer Qualifikation, insbesondere Jugendliche und Ältere, immer seltener auf dem Arbeitsmarkt rekrutiert werden können.

Auf diese Entwicklung muss die kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik reagieren.

Die Grünen haben den Aufbau kommunaler Beschäftigungsprogramme von Beginn an unterstützt und gefordert. Mit dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm werden Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsmarkt integriert oder Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Der grünen Forderung in diesen Programmen wurde insofern Rechnung getragen, dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und die Integration von Personen mit Migrationshintergrund gefördert werden.

Die Auswirkungen für Arbeitslose durch die Neuformulierung des SGB II und die Hartz Gesetze haben die Grünen zum Anlass genommen, die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Münchens in einem 25 Millionen Programm zusammenzufassen und ein Programm zweiter Arbeitsmarkt zu etablieren.

Die Grünen erkennen die Notwendigkeit eines zweiten Arbeitsmarktes für schwer zu vermittelnde Personen an und fordern den Erhalt und Ausbau von Arbeitsförderungsmaßnahmen und zielgruppenorientierten Angeboten.

Im Bereich der beruflichen Qualifizierung haben wir den Aufbau eines Jugendsonderprogramms unterstützt, damit auch Jugendliche mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss eine Chance erhalten, auf dem Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Eine zunehmend wichtige Rolle in der Münchner Beschäftigungspolitik spielt die Europäische Ebene. Durch die Beteiligung an EU Förderprogrammen wird die Entwicklung von private/public-Partnerschaftsmodellen gefördert, werden Methoden und Lernformen adaptiert und inhaltliche Impulse für die lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik gegeben.

Die Grünen setzen sich dafür ein dass:

- die Münchner Wirtschaftspolitik sich verstärkt den Prinzipien der Nachhaltigkeit verpflichtet
- die kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen weiterhin gefördert und ausgebaut werden
- Diskriminierungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgebaut werden,
- der Ausbildungsstandort München gestärkt wird,
- die Chancengleichheit von Frauen und Männern intensiv verfolgt wird,
- der Ausbau von Teilzeitangeboten auch in Führungspositionen gefördert wird

Europastadt München

München profitiert auf vielfältige Weise von Europa. Es unterhält zahlreiche europäische Partnerschaften und beteiligt sich an EU-Förderprogrammen.

Wir Grüne fordern verstärkte Anstrengungen, Europa und die transnationale Vernetzung auch in München auszubauen. Die Zusammenarbeit in transnationalen Netzwerken, die Erfahrung neuer Lernmethoden und Kooperationen ist ein bedeutender Faktor und Impuls für alle politischen Bereiche Münchens.

Das Prinzip der Partnerschaft, ein Schlüsselprinzip in europäischen Förderprogrammen hat in München zu neuen Formen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik geführt. Dieser erfolgreiche Weg muss ausgebaut und intensiviert werden.

Wir fordern die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für europäische Aktivitäten der Stadt, Unterstützung bei der Nutzung europäischer Förderprogramme, Vernetzung mit Europäischen Großstädten und Technologieregionen ähnlicher Interessenlage.

Kommunale Daseinsvorsorge sichern – auch gegen Privatisierungsvorstellungen aus der EU

Den Münchner Grünen ist der Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge ein wesentliches Anliegen. Dazu gehören neben den klassischen öffentlichen Aufgaben wie der Versorgung mit Energie und Wasser und der Entsorgung von Abwasser und Abfällen samt Straßenreinigung auch der Öffentliche Nahverkehr, das Wohnungsangebot, Krankenhäuser, Altenheime und viele weitere Leistungen.

Die EU-Kommission forciert die „Marktliberalisierung“, weil sie davon ausgeht, dass diese öffentlichen Leistungen durch Private vermeintlich billiger und besser erbracht werden könnten. Doch „Privat“ bedeutet nicht automatisch billiger, und vor allem nicht besser.

Wir Grüne wollen, dass die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit allen Grundgütern in kommunaler Hand bleibt. Denn nur so kann eine flächendeckende, gesicherte Ver- und Entsorgung, hohe Qualität, ökologische und soziale Standards gewährleistet werden.

Leben mit Kindern – Familien in der Großstadt

Die BündnisGrünen kommen aus einer Tradition, die sich zum Ziel gesetzt hatte und hat, die alten Familienmodelle zu modernisieren. Und hier waren und sind wir erfolgreich. Wir stehen für Gleichberechtigung in der Partnerschaft, für gewaltfreie Erziehung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner. Wir stehen aber auch für die Gleichberechtigung aller Formen des Zusammenlebens mit Kindern. Wir stellen uns gegen die Diskriminierung von Alleinerziehenden ebenso wie gegen die Schwierigkeiten, die Patchworkfamilien haben. Auch Schwul-lesbische Paare mit Kindern sind für uns selbstredend Familien.

Ökologische Politik ist Familienpolitik: Ökologische Politik, die das Leben in einer Großstadt für alle merklich verbessert, wird auch Familien die Entscheidung erleichtern in München zu bleiben. Dazu gehören Verkehrsberuhigung, Spielstraßen, interessante Spielmöglichkeiten, Schutz vor Verkehrslärm ebenso wie gesunde Lebensmittel und eine Aufwertung des öffentlichen Raumes.

Wir wollen, dass Familie auch und gerade unter den beschleunigten Bedingungen einer Großstadt wie München eine lebenswerte Form des Zusammenlebens bleibt. In der Großstadt München zerren unterschiedlichste Kräfte an den Familien. Die Mieten für familiengerechte Wohnungen sind zu oft zu hoch, die Kinder scheinen in der Singlestadt München dauernd zu stören, die nächste Spielstraße ist zu weit, um die Kinder alleine hinschicken, der nächste Krippenplatz ist erst in einem halben Jahr zu haben und die unterschiedlichen Arbeits-, Schul- und Betreuungseinrichtungszeiten vermindern die wenigen gemeinsamen Zeiten der Familie weiter.

Eine Stadt für Kinder kann nur eine Stadt sein, die mit Kindern gestaltet wird. Wir haben in München zentrale und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendforen aller Altersklassen, die auch den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen gerecht werden. Einrichtung einer zentralen Meldestelle für Kindertagesstätten Bei Neubauprojekten werden die Vorstellungen von Kindern im Bereich von Spielflächen mit Hilfe eines Planungskoffers abgefragt. Doch das ist noch zu wenig: die Anregungen der Kinder müssen verbindlich und vor allem zeitnah umgesetzt werden und auch bei baulichen Maßnahmen müssen Kinder gefragt werden. Die Beteiligung von Kindern bei allen stadtplanerischen Belangen muss selbstverständlicher Teil von BürgerInnenbeteiligung werden.

Wir Grüne setzen uns ein für:

- familiengerechten Wohnungsbau, der auch finanzierbar ist
- Bewohnertreffs, die auch von Kindern genutzt werden können
- mit Kindern geplante Spielflächen für Kinder aller Altersklassen
- ungeplante, „wilde“ Freiflächen, die Kindern erlauben ihre eigenen Grenzen kennen zu lernen
- aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen relevanten Planungen
- das Recht von Kindern und Jugendlichen laut zu sein

Immer mehr Eltern sehen sich mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Die sozialen Kontakte einer engen Lebensgemeinschaft verschiedener Generationen fehlen in einer Großstadt heute oft genauso wie die Erfahrung mit kleineren Geschwistern oder anderen Verwandten.

Münchner Eltern haben die Möglichkeit, sich Hilfe in Familienberatungseinrichtungen oder Erziehungsberatungsstellen zu holen. Doch häufig ist dies nicht bekannt, oder Eltern scheuen diesen Schritt. Auf Antrag der Grünen wurden deshalb die Strukturen so geändert, dass die Beratungsstellen eng mit den Kindertagesstätten zusammenarbeiten, dort ihre Angebote vorstellen und teilweise durchführen.

Wir fordern:

- die Öffnung von Kindertagesstätten zu Orten für Familien, zu Kompetenzzentren für Pädagogik
- den Ausbau von Kinderzentren, die neben der Kinderbetreuung auch niederschwellige Beratungsangebote für Eltern vorhalten

Familienpolitik ist ein Querschnittsthema. Es ist eben nicht so, wie die CSU gerne behauptet, dass man nur an einer Stellschraube drehen müsste, um Familien das Leben zu erleichtern. Die Lücken bei den Kindereinrichtungen, die rot-schwarz im Bund jetzt zum erstenmal auffallen, schließen die Grünen im Münchner Regierungsbündnis schon seit Jahren konsequent. Wir sind gespannt, wann rot-schwarz im Bund und die CSU in Bayern merken, dass ausreichende und qualitativ hochstehende Kindereinrichtungen nur ein Baustein von vielen ist. Familien brauchen auch qualitätsvolle Schulen, ausreichend LehrerInnen, genügend Lehrstellen.

Eltern haben das Recht, für ihre Kinder die Betreuungsform zu wählen, die sie für die passendste halten. Deshalb brauchen wir den Ausbau aller Angebote. Wir haben eine Qualifizierungskampagne für Tagesmütter und -väter gestartet, damit Eltern auch hier kompetente Ansprechpartner haben. Daneben wird ein Konzept umgesetzt, dass die Betreuung der Kinder auch bei Krankheit der Tagesmütter oder in Urlaubszeiten sicherstellt.

Wir setzen uns ein für:

- die intensive Werbung für mehr Tagesmütter und -väter
- den Ausbau von Kindertagesstätten für 0- bis 12-Jährige mit hinreichendem Personal
- Eltern – Kind – Initiativen, die für uns nicht als Notnagel gesehen werden, um Versorgungslücken zu schließen, sondern als unverzichtbarer Partner, bei der Entwicklung neuer Pädagogik

Ein Gedanken zum Ende: Familienpolitik ist heute in! Und das ist gut so. Doch Kinder sind nicht ein „Anhängsel“ ihrer Eltern. Bei allen elterngerechten Planungen, die dringend von Nöten sind, muss immer der Kind als Individuum mitgedacht werden.

Der Ausbau der Kinderbetreuung war immer Grüner Schwerpunkt in München und wird es auch bleiben.

Zur Zeit werden in 487 Kindergärten, 178 Horte, 44 Kooperationseinrichtungen und 143 Tagesstätten für Kinder von 0-3 Jahren fast 52.000 Münchner Kinder betreut. Dabei sind 3700 Kinder in Eltern – Kind – Initiativen betreut, eine Einrichtungsart, die uns Grünen immer besonders am Herzen lag.

Für den Planungszeitraum 2006 bis 2010 sind 115 Mio € für den Bau von Kindertagesstätten geplant. Mit den Maßnahmen in Zusammenhang mit der sozialgerechten Bodennutzung, kommen noch 68 Mio € hinzu. 129 Kindergartengruppen, 364 Hortgruppen, und 39 Krippengruppen sind für diesen Zeitraum finanziell gesichert. Hinzu kommen in neuen Schulen 1000 Tagesheim- und 257 Hortplätze. Im Zusammenhang mit der sozialgerechten Bodennutzung und den Entwicklungsmaßnahmen sollen weitere 85 Kindergartengruppen, 14 Hortgruppen und 52 Krippengruppen in Kooperationseinrichtungen geschaffen werden.

Wenn wir nun noch die versprochene Unterstützung aus Bund und Land erhalten, können wir so viele Plätze schaffen, dass Eltern sich an der Qualität der Einrichtung orientieren können und nicht nur auf irgend einen Platz hoffen müssen.

Familie und Beruf

Wir brauchen eine politische und öffentliche Debatte um veränderte männliche Lebensmuster und Verhaltensweisen. Daws Rolenspektrum von Männern ist nach wie vor zu eng auf die Ernährerrolle fixiert, während Frauen „selbstverständlich“ die Verantwortung für die Familie übernehmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur ein Problem von Frauen. Wir wollen, dass das berufliche Fortkommen von Frauen und Männern nicht mehr dadurch gehindert wird, dass sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Dazu gehören eine ausreichende Anzahl guter Betreuungsmöglichkeiten für Kinder jeden Alters, also mehr Krippen- und bedarfsgerechte Kindergartenplätze sowie der Ausbau von Ganztagschulen und ergänzenden Horten. Flexible Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen müssen im öffentlichen Dienst wie auch in der Privatwirtschaft entwickelt und verstärkt für Frauen und Männer angeboten und für beide attraktiv gestaltet werden.

„ohne München würde es in Bayern mit Betreuungsplätzen finster aussehen“

Jugend

Kinder und Jugendliche sind Teil der Stadtgesellschaft

Kinder und Jugendliche sind Teil der Stadtgesellschaft, sie sind Münchner Bürgerinnen und Bürger.

Diese nur scheinbar banale Feststellung scheint in München nicht immer allgemein anerkannt zu sein:

Kinder und Jugendliche werden häufig als störend empfunden; allenfalls wird zur „Toleranz“ gegenüber den Bedürfnissen der jungen Generation aufgerufen

Kinder und Jugendliche wollen aber keine „Toleranz“. Sie wollen in einer Stadt leben, in der ihre besonderen Interessen gehört und berücksichtigt werden. Das ist kein „Almosen“, sondern ein Recht, und sollte deshalb eine Selbstverständlichkeit sein. Trotzdem klagen Erwachsene über den „Lärm“, den spielende Kinder verursachen, ist der Öffentliche Nahverkehr für Kinder und Jugendliche viel zu teuer, schließen Jugendtreffs abends zu früh, wird für alternative Jugendkultur noch zu wenig Platz gelassen – es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele dafür finden, dass die Stadt München auf die Interessen ihrer jüngsten EinwohnerInnen mehr Gewicht legen müsste.

Auf Antrag der GRÜNEN hin wurde der Ferienpass, mit dem der Besuch von Bädern, Theatern und anderem kostenlos oder zumindest verbilligt angeboten wird, auf alle Ferien ausgeweitet und kann nun auch von 15- bis 18-Jährigen genutzt werden; doch mit unserem Wunsch, dass die über 15-Jährigen in Verbindung mit dem Ferienpass auch die Vergünstigungen bei der MVG genießen können, sind wir an den Mehrheiten im Stadtrat gescheitert.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche München als ihre Stadt sehen und schätzen.. Dazu gehört insbesondere, dass eine Infrastruktur geschaffen wird, die Kindern und Jugendlichen selbstbestimmte Freiräume und Treffpunkte bietet und eine altersgerechte Freizeitgestaltung ermöglicht. Neben den betreuten Einrichtungen muss es auch Räume für Jugendliche geben, in denen sie selbstständig agieren können. Schon immer war es Grüne Forderung, in München ein alternatives, selbstverwaltetes Jugendzentrum zu errichten. Mit der Eröffnung des Jugendtreffs von Diversity – einer Einrichtung von und für lesbische und schwule Jugendliche – ist hier ein erster Schritt getan.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- der öffentliche Personennahverkehr für junge Menschen ab 15 deutlich billiger wird
- die Nachtlinien ausgebaut werden
- neben der Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes an Jugendfreizeiteinrichtungen auch Räume geboten werden, die von Jugendlichen eigenständig betrieben werden können
- mehr Freiflächen für lärmintensive Betätigung von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden

Kinder und Jugendliche vertreten ihre Interessen am besten selbst

Was Kinder und Jugendliche brauchen, das wissen sie am besten selbst. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an lokalpolitischen Entscheidungen muss daher verstärkt werden. Kinder und Jugendliche sollen um ihre Meinung gebeten werden, wenn sie betroffen sind. Auf keinen Fall darf Partizipation dabei Beteiligung ohne Entscheidungsbefugnis heißen! Bloße Anwesenheit, Rederecht oder Stellvertretung ist noch keine Partizipation! Wir haben es geschafft auch in Zeiten knapper Kassen sowohl das Schülerbüro als auch den Münchner Jugendrat zu erhalten und auch andere Jugendinformations- und -partizipationseinrichtungen zu unterstützen. Doch das reicht noch nicht.

Wir fordern:

- ein Rede- und Antragsrecht für Menschen ab 12 Jahren auf Bürgerversammlungen und in Bezirksausschusssitzungen
- Jugendliche an allen relevanten Planungen frühzeitig zu beteiligen
- dass bei der nächsten Wahl des Kinder- und Jugendhilfeausschusses einE VertreterIn der SchülerInnenvertretung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss entsendet werden kann.
- den Ausbau von Angeboten von Jugendlichen für Jugendliche

Schwerpunkt bündisgrüner Jugendpolitik war auch immer die Unterstützung derer, die Schwierigkeiten haben von sich aus einen guten Platz in unserer Gesellschaft zu finden, die in Familien aufwachsen, die ihnen keinen ausreichenden Halt bieten konnten.

Wir Grüne haben uns in den letzten Jahren immer wieder dafür eingesetzt,

- dass ausreichend Plätze in berufsvorbereitenden Einrichtungen geschaffen wurden,
- dass berufsbegleitende Maßnahmen für möglichst alle, die sie brauchen, vorhanden sind,
- dass gerade die Angebote für delinquente Jugendliche unterstützt werden, die neue Wege gehen. Gerade im CSU-regierten Bayern, wo auch bei Jugendlichen lange Zeit Strafe vor Hilfe ging, bei den Stärken der Jugendlichen ansetzen

Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Wir setzen uns ein für:

- den bedarfsgerechten Ausbau von ambulanten und stationären Jugendhilfemaßnahmen
- die Unterstützung aller Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, durch Qualifizierungsmaßnahmen, berufsbegleitende Hilfe und durch die Einrichtung von mehr Berufsfachschulen
- die bedarfsgerechte Schaffung von Jugendwohngruppen

Wir Bündnisgrüne wollen allen jungen Menschen in unserer Stadt die Sicherheit geben, dass ihre Wünsche, Interessen und Bedarfe ernst genommen werden und dass sie alle gebraucht werden, um München lebenswert zu erhalten.

Schule und Bildung

Die Bildung von heute entscheidet über die Chancen von morgen. Für uns Grüne ist deshalb in einer Wissensgesellschaft die Bildung zentrales Zukunftsthema.

Unser Bildungsbegriff ist ganzheitlich:

- Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung und hört nicht mit dem Berufsabschluss auf.
- Bildung ist nicht nur eine Sache des Wissens, sondern auch sozialer, ästhetischer, ökologischer und interkultureller Kompetenzen. Es geht nicht um Stoffhuberei, sondern um Grundwissen und Basisfertigkeiten, die dem Menschen ermöglichen, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- Für die Bildung ist nicht nur die Schule verantwortlich, sondern die ganze Gesellschaft einzubeziehen – Eltern, Vereine, Wirtschaft, freie Bildungsträger, Jugendhilfeeinrichtungen usw.

Nicht nur die PISA-Studie zeigt: Ein früh sortierendes Schulsystem verhindert Bildungsgerechtigkeit. Die Halbtagschule bietet zu wenig Zeit für projektorientierten und vielseitigen Unterricht, sie benachteiligt Familien, die ihre Kinder nicht genügend unterstützen können, und passt nicht mehr zum Alltag berufstätiger Mütter und Väter.

Herkunft entscheidet in Bayern über Zukunft. Die grüne Vision ist eine individuell fördernde statt selektierende Schule. Eine Schule für alle. Die Ganztagschule als Stadtteileinrichtung, die sich gegenüber ihrer Umgebung öffnet, mit externen Fachleuten, Vereinen und Einrichtungen kooperiert. Sie ist nicht nur Lernort, sondern Lebensraum und bietet Platz für neue Inhalte und gesellschaftliches Engagement.

In München werden bald die Hälfte aller Kinder in unseren Schulen einen Migrationshintergrund haben, deswegen kommt der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Schulen und der Horte besondere Bedeutung zu.

München ist eine Schulstadt. Die Kommune unterhält viele Berufsschulen, Realschulen und Gymnasien. Für die staatlichen Haupt-, Grund- und Förderschulen ist sie Schulaufwandträger (also für Gebäude und Sachmittel zuständig). Wir wollen das kommunale Schulwesen erhalten, reformieren und in Kooperation mit staatlichen Schulen auch dort die Qualität steigern. So werden zukünftig alle Hauptschulen mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Da aber die sozialen Konflikte und die Gewaltbereitschaft an Schulen zunimmt, ist es erforderlich, den Prozentsatz auch an Grund- und Förderschulen weiter zu erhöhen, um das soziale Miteinander zu unterstützen. Deshalb setzen wir Grüne uns für eine Aufstockung der Mittel für Schulsozialarbeit ein.

Zusätzlich müssen Jugendliche mit schlechten Startchancen für das Berufsleben mehr Aufmerksamkeit bekommen. Wir engagieren uns für ein Übergangssystem, das bereits in den allgemein bildenden Schulen die Schüler und Schülerinnen bei der Berufsorientierung unterstützt und das sie begleitet bis zum Ende der Erstausbildung.

München hat in der Schulpolitik viel erreicht. Doch uns reicht das nicht. Noch mehr als bisher müssen wir Vorreiter für innovative Pädagogik, Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung sein.

Wir haben einiges erreicht:

- Das Angebot an Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergräten, Horte und Tagesheime) wurde quantitativ und qualitativ verbessert; wir konnten erreichen, dass in 50 Einrichtungen mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund multikulturelle Erzieherinnen eingestellt wurden. Spielerisches Heranführen an Naturwissenschaften, sportliche Aktivitäten, Sprachförderung und musische Angebote werden nach und nach in allen Einrichtungen Standard.
- Alle 20 städtischen Realschulen haben eine pädagogische Nachmittagsbetreuung. 9 Realschulen bieten rhythmisierte Ganztagsklassen an. Seit Einführung des G8 werden an allen städtischen Gymnasien offene Ganztagsangebote durchgeführt. Zwei Gymnasien werden als Ganztagsgymnasien geführt.
- Alle Münchner Schulen sind oder werden im nächsten Jahr in einem individuellen von den Schulen gewünschten Umfang mit EDV ausgestattet. Begleitend dazu bietet P Institut umfangreiche Fortbildungen zur Medienpädagogik an.
- An allen städtischen Realschulen, Gymnasien und Schulen besonderer Art wurde ein System der Qualitätssicherung und -entwicklung aufgebaut, in dessen Mittelpunkt die Unterrichtsentwicklung steht.

Wir haben erreicht und setzen uns weiter ein, dass

- der Ausbau aller Kindertagesstätten, vor allem aber der für unter 3-Jährige und Schulkinder, vorangeht

- alle Kinder eine gute Vorbereitung auf das Schulleben erhalten
- Eltern als willkommene, kompetente Partner gesehen werden
- Kinder mit Behinderung in Tagesstätten ihrer Wahl gehen können.

Wir wollen mehr:

- Über strukturelle Maßnahmen soll ein ganzheitlicher Umgang mit Bildung sowie sozialer und kultureller Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien möglich werden. Damit können wir Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und eine bessere Verknüpfung zwischen Schule einerseits und außerschulischer Kinder- und Jugendhilfe besser als bisher fördern.

Kindertagesbetreuung muss aus einer Hand – z.B. durch einen Eigenbetrieb – statt der nicht mehr zeitgemäßen Zuständigkeitstrennung zwischen Sozialreferat (Kinderkrippen) und Schulreferat (Kindertagesstätten) organisiert werden.

- einen fließenden Übergang von Kindergarten in Schule, der sich nicht an äußeren Parameter wie Alter des Kindes festmacht, sondern alleine vom Entwicklungsstand und Interesse des Kindes abhängt
- eine Reformschule im Ganztagsbetrieb von Klasse 0-10, in der individuelle Förderung statt Selektion, innovative und flexible Unterrichtsformen statt dem starren 45-Minuten-Rhythmus vorherrschen (siehe Kasten: Reformschule)
- eine Internationale Schule, die prinzipiell für alle zugänglich ist und in der mehrsprachiger Unterricht in Deutsch, Englisch sowie in anderen für München relevanten Sprachen der wichtigen Migrantengruppen angeboten wird ((siehe Kasten: Internationale Schule).
- Interkulturelles Lernen als fester Bestandteil des Schulalltags und bessere Förderung von Migrantenkindern besonders im Sprachbereich; dazu gehört die Forderung an den Staat, den muttersprachlichen Unterricht für alle Migrantenbevölkerungsgruppen mitaufzunehmen. (siehe Migrations-Kapitel. S.xx)
- Unterrichtsinhalte und –formen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungs gerecht werden

- selbstständige Schulen, die eigenverantwortlich im Rahmen eines Budgets entscheiden können und letztlich auch für die Personalauswahl zuständig sind und so ihr Profil individuell ausgestalten können
- rhythmisierte Ganztagschulen für alle Schularten
- neue Unterrichtsformen, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren
- eine Stärkung der Rechte der Schülermitverantwortung
- offene Türen für Eltern, aktive und mit der Schule kooperierende Elternarbeit, Elternkurse
- ein Konzept für echte Stadtteilschulen, die sich in das Viertel öffnen und zum Zentrum des sozialen Lebens werden
- frühe Begleitung für Schülerinnen und Schüler, die schlechte Chancen haben, nach Beendigung der Schule einen Ausbildungsplatz zu bekommen
- die Öffnung der Regelschulen für Kinder mit den verschiedensten Handicaps
- Zusätzlich müssen Jugendliche mit schlechten Startchancen für das Berufsleben mehr Aufmerksamkeit bekommen. Wir engagieren uns für ein Übergangssystem, das bereits in den allgemein bildenden Schulen die Schüler und Schülerinnen bei der Berufsorientierung unterstützt und das sie begleitet bis zum Ende der Erstausbildung.

Reformschule

Nach PISA ist klar: die soziale Abhängigkeit des Bildungserfolges ist in Bayern am größten. Eine der Hauptursachen hierfür ist die frühzeitige Selektion ohne Berücksichtigung der individuellen Stärken, Fähigkeiten und Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen. Das wollen wir in München ändern. Wir fordern eine öffentliche Reformschule, die den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abbaut. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Gruppen der Münchner Bevölkerung zu erreichen. Die Schule soll eine gemeinsame Schulzeit vom Vorschulbereich bis zu 10.Klasse anbieten. Rhythmisierter Ganztagsbetrieb mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen gibt Zeit und Raum für individuelle Förderung mit besonderer Betonung früher Sprachförderung. Heterogenität ist gewollt und wird als Chance begriffen. Als selbstständige Schule ist sie für Personal und Budget weitgehend selbst verantwortlich. Kooperative Arbeitsformen prägen den Schulalltag von Lehrern und Schülern. Die Schule agiert nicht autark, sondern ist vernetzt und kooperiert mit vielen außerschulischen Lernorten. Die Planungen sind schon sehr konkret. Einer Realisierung steht bisher nur noch die Genehmigung des Freistaates entgegen.

Internationale Schule

München als weltoffene und internationale Stadt braucht eine prinzipiell für alle zugänglichen Internationale Schule, in der mehrsprachiger Unterricht in Deutsch, Englisch sowie in anderen für München relevanten Sprachen der wichtigen Migrantengruppen angeboten wird. Die Gründung einer Internationalen Schule würde sowohl dem multikulturellen Charakter Münchens als Einwanderungsstadt entsprechen als auch einen handfesten Standortnachteil im Wettbewerb um internationale Unternehmen und Arbeitskräfte beseitigen. Damit würden auch die Chancen der Mehrsprachigkeit sowohl für Kinder mit deutscher wie mit nichtdeutscher Muttersprache genutzt werden. Möglich wäre als Träger eine gemeinsam von Stadt, Land und Wirtschaft finanzierte Stiftung.

Frauen wollen mehr – Männer auch

Wir wollen ein gerechtes, sicheres und lebenswertes München für Frauen und Männer, unabhängig von Alter, Herkunft, Lebensentwurf und sexueller Identität. Gerechtigkeit findet in der Gesellschaft aber nur dann statt, wenn auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchgesetzt ist.

Die Überwindung traditioneller Rollenmuster und patriarchaler Gesellschaftsstrukturen, damit Frauen und Männer ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, war und ist ein zentrales Ziel grüner Politik.

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass Gleichstellungspolitik in allen politischen Bereichen als selbstverständliche Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt wird. Gerechtigkeit fängt schon bei der politischen Repräsentanz an. Wir Grüne haben seit dem Einzug in den Stadtrat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich der Anteil der Stadträtinnen erhöht hat.

Im Arbeitsleben sind Frauen nach wie vor benachteiligt, ungleiche Lohnverhältnisse bei gleicher Arbeit, unsichere Arbeitsverhältnisse, die Abhängigkeit vom Partnereinkommen bei Arbeitslosigkeit bis hin zur Rente. Wir Grüne stehen dafür, dass Frauen und Männer eigenständig und selbstbestimmt leben und arbeiten können, Frauen brauchen ebenso wie Männer eine eigene Existenzsicherung. Die Förderung von Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt wie bspw. Existenzgründerprogramme speziell für Frauen werden von uns weiterhin gefordert und gefördert.

Unser Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen von Bildung, Einkommen, Mobilität, Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben und an Entscheidungsprozessen. Dies gilt auch für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Haushalte (Gender Budgeting).

Daneben brauchen wir die klassische Frauenförderung im Rahmen von eigenen Projekten und Initiativen, wir fordern den Erhalt von eigenen Räumen, die Frauen und Mädchen vorbehalten sind, denn die Erfüllung des Gleichstellungsauftrages geschieht auch über die spezifischen Einrichtungen.

Vereinbarkeit von Kindererziehung, Haushalt und Berufstätigkeit

Frauen wie Männer müssen die gleichen Chancen haben neben Kindererziehung und Haushaltsführung einem Beruf nachzugehen. Noch aber übernehmen Frauen immer noch „selbstverständlicher“ die Verantwortung für die Familie und Haushalt als es viele Männer tun. Sie tragen damit häufig mindestens eine doppelte Last, wenn sie Beruf, Haushalt sowie Erziehung und Fürsorge für die Kinder vereinbaren wollen. Das Rollenspektrum der meisten Männer ist zu fixiert auf die des „Geldbeschaffers“. Wir wollen die Chance „Großstadt“ nutzen, um die gesellschaftliche Diskussion weiter anzukurbeln, denn in München beobachten wir bereits einen zunehmenden Wandel der Lebenskonzepte.

München kann und soll zeigen, dass die überlieferten Rollenbilder für beide Geschlechter verändert und erweitert werden müssen.

Grundlegend dafür aber ist, dass das berufliche Fortkommen von Frauen und Männern nicht behindert wird, weil sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. In München müssen wir die Bedingungen schaffen, damit Männer und Frauen vergleichbare Ausgangspositionen haben.

München braucht dafür eine ausreichende Anzahl hochwertiger Betreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters und den weiteren Ausbau von Ganztageschulen und Horten. Dafür setzen wir uns ein.

Frauen sind in Führungspositionen in München immer noch zu selten. Insgesamt sind nur 24 % der Führungspositionen von Frauen besetzt. Dank des Einsatzes von Bündnis 90 / Die Grünen gibt es ein Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst. Wir fordern die zügige vollständige Umsetzung in der Verwaltung und darüber hinaus ein dringend erforderliches Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Wir wollen im München eine Vorreiterrolle zur Einführung des skandinavischen Modells übernehmen, bei dem in Vorständen von Unternehmen bis zum Jahre 2010 ein Frauenanteil von 40% erreicht sein muss. Hierfür suchen wir einige Modellunternehmen, die sich zu diesem Schritt verpflichten.

Flexible Arbeitszeitmodelle müssen sowohl bei der Stadt München im öffentlichen Dienst wie auch in der Privatwirtschaft entwickelt und für Männer wie Frauen attraktiv gestaltet werden.

Frauenberufe? – Männerberufe?

Trotz hoher Bildungsbeteiligung und Bildungserfolgen von Frauen und Mädchen bleibt der geschlechtstypische Charakter bei der Berufswahl weiterhin erkennbar. Der jährliche Girls day, an dem Mädchen eher männlich dominierte Berufe kennen lernen können versucht dem entgegenzusteuern. Um auch Jungen mehr weiblich geprägte Berufe wie Erzieher oder Grundschullehrer näher zu bringen, setzen wir uns für einen Boysday ein.

Sowohl Mädchen als auch Jungen brauchen Vorbilder und gleichgeschlechtliche Identifikationsmöglichkeiten, um aus vorgegebenen Geschlechterrollen aussteigen zu können. Deshalb brauchen wir eine breit angelegte Initiative die den vorgeprägten Rollenbildern bei der Berufswahl Alternativen entgegenstellt.

Eine Einführung von Männerquoten in Kindergärten und Grundschulen (als Erzieher, Lehrer) muss intensiv diskutiert werden.

Auch ein geschlechterdifferenzierter Unterricht in Naturwissenschaften wie er an einigen Münchner Schulen praktiziert wird, hilft den Mädchen, wie Studien belegen, die Scheu gegenüber Naturwissenschaften abzubauen und ihr Interesse an Mathe, Physik und Co zu wecken. Dies auszuweiten muss das Ziel der nächsten Jahre sein.

Und nicht zuletzt kann die zunehmende Beförderung von Frauen in Führungspositionen männlich dominierter Berufe eine Vorbildfunktion auf die heranwachsenden Mädchen haben.

Migrantinnen

Die Potentiale der Migrantinnen müssen stärker gefördert werden; sie schneiden etwa bei den Schulabschlüssen zwar besser ab als ihre männlichen Mitschüler, doch im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind sie noch stark benachteiligt. Hier wollen wir Initiativen und Programme fördern, die an den Ressourcen der Migrantinnen anknüpfen und sie bei der beruflichen Qualifizierung und Integration unterstützen.

Wir unterstützen das Engagement und die Selbstorganisation von Migrantinnen in ihrem Kampf um das Recht auf Freiheit, Gleichheit und körperliche Unversehrtheit.

So entspricht es unserem Verständnis der universellen Gültigkeit der Menschenrechte, Migrantinnen vor Zwangsehen und Verfolgung im Namen der Ehre zu schützen

Wichtig sind hierbei niederschwellige Angebote wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Mütterzentren; sie müssen sich stärker auf die Zielgruppe der Migrantinnen hin orientieren und öffnen und ihr Personal interkulturell fortbilden.

Alter und Armut

Der demografische Wandel führt auch in München dazu, dass die Anzahl der Frauen und Männer, die über 75 Jahre alt werden, sich deutlich erhöht. Frauen werden im Alter verstärkt alleine leben. Darauf muss Stadtplanung und Wohnungsbau reagieren. Wir fordern Projekte, die gemeinschaftliches Wohnen im Alter ermöglichen. Frauen sind im Alter besonders oft von Armut betroffen. Durch Phasen der Kindererziehung, oder der Pflege von Angehörigen entstehen Lücken in beruflichen Karrieren und der sozialen Absicherung. Durch die dazu kommenden geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede erhöht sich das weibliche Armutsrisiko im Alter. Wir fordern eine eigenständige vom Partnereinkommen unabhängige Existenzsicherung und die Anerkennung von Kindererziehungsphasen.

Gewalt

Leider gehört Gewalt für viele Frauen immer noch zum Alltag, oft in ihrer eigenen Familie. Das Thema „häusliche Gewalt“ sollte bereits in der Schule und in Kinder- und Jugendeinrichtungen aufgegriffen werden. Wir treten dafür ein, dass Frauenhäuser und entsprechende Beratungsstellen für Frauen aufrechterhalten bzw. eingerichtet und finanziell abgesichert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen, Frauenhäusern und Polizei wollen wir weiterhin unterstützen.

Seit geraumer Zeit schon unterstützt die Grüne Stadtratsfraktion die „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“ - eine Anlaufstelle bei sexuellen Übergriffen, deren Mitarbeiterinnen Hilfe suchenden Wiesn-Besucherinnen aber auch bei anderen Problemen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Jungen sind zu 85 % Täter aber auch zu 75 % Opfer von Gewalt. Wir unterstützen die Förderung pädagogischer Konzepte und Gewaltpräventionsmaßnahmen, die Jungen – insbesondere mit Migrationshintergrund - dabei helfen, Identität und Selbstbewusstsein jenseits von Macho-Gehabe, patriarchalischen Geschlechterklischees und Gewaltbefürwortung zu entwickeln.

Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung von Täterprogrammen wie z. B. Antigewalt- und Sozialtrainings einsetzen. Das vorbeugende Konzept „Häusliche Beziehungsgewalt“ und das von Rot-Grün auf Bundesebene verabschiedete Gewaltschutzgesetz müssen konsequent auf allen Ebenen umgesetzt werden.

Vielfältige Lebensentwürfe

In München leben ca. 10% der Frauen und Männer lesbisch oder schwul. Trotz der erfolgreichen grünen Politik kann von einer Gleichstellung für Lesben, Schwule und Transgender noch keine Rede sein. Lesbisches Leben wird auch heute noch in einer männlich dominierten Gesellschaft nicht als eigenständige Lebensform anerkannt.

Auch in der lesbisch-schwulen Welt zeigen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede und Benachteiligungen von Frauen.

Wir fordern die Unterstützung und den Ausbau von Projekten mit dem Ziel, lesbisches Leben in München sichtbar und selbstverständlich zu machen.

Wir fordern weiterhin städtische Aktivitäten um Diskriminierungen abzubauen und Ausgrenzungen zu vermeiden.

Prostitution:

Die Münchner Grünen machen sich seit vielen Jahren für die Anerkennung von Prostitution als Beruf und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Prostituierte stark.

Die gesetzliche Regelung des Bundes zur Anerkennung der Prostitution als Beruf läuft in München ins Leere, da die restriktive Sperrbezirksverordnung diese Bemühungen unmöglich macht.

Sämtliche Bestrebungen der Grünen zur Liberalisierung der Sperrbezirksverordnung wurden aus moralisch zweifelhaften Gründen sowohl vom Stadtrat als auch von den Behörden abgelehnt.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass weibliche und männliche Prostituierte auch in München unter humanen und vernünftigen Bedingungen arbeiten können.

Lesben, Schwule und Transgender in München

Die Grünen sehen die Vielfalt der Lebensentwürfe mit als Grundlage für eine offene, liberale und pluralistische Gesellschaft und wollen die demokratische Teilhabe fördern. Eine lebendige Demokratie setzt nicht nur das Recht auf Teilhabe, sondern auch die praktischen Möglichkeiten dazu voraus.

Lesben und Schwule sind in München in allen Lebensbereichen präsent, dennoch ist ihr Alltag noch immer von Diskriminierung, Ausgrenzung bishin zur Gewalt geprägt.

Wir Grünen setzen uns für die umfassende Anerkennung von lesbischen, schwulen und Transgender- Lebensweisen ein.

Die Münchner Grünen haben in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass Lesben, Schwule und Transgender in München sichtbar und offen leben können:

durch die Schaffung des runden Tisches beim 3. Bürgermeisters,

durch die finanzielle Förderung von Beratungs- und Aufklärungsprojekten

durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

durch die Unterstützung der lesbisch-schwulen Community beim Abbau von Vorurteilen und beim Aufbau von Netzwerken und Projekten

Wir setzen uns nachdrücklich für die Förderung und den Ausbau der lesbisch-schwulen und Transgender Gruppen und Projekten ein und verurteilen jegliche Form von Diskriminierung.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Förderung der lesbisch-schwulen Jugendlichen: Beratung, Aufklärung in Schulen, im Elternhaus, in Jugend- und Freizeiteinrichtungen ist lebenswichtig, da gerade für Jugendliche das Coming Out oft ein schwerwiegender und psychisch sehr belastender Prozess ist. Die Einrichtung eines lesbisch-schwulen Jugendzentrums wurde deshalb von den Grünen unterstützt und gefördert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufklärungsarbeit an den Schulen und in den Jugendeinrichtungen weitergeht, ebenso müssen die Fortbildungsveranstaltungen in der Stadtverwaltung weiter forciert werden.

Partnerschaften und Regenbogenfamilien stärken

Familien sind da, wo Kinder sind, unabhängig von der sexuellen Orientierung der Partner.

Durch die von den Grünen eingebrachte Eingetragene Partnerschaft sind in den letzten Jahren viele so genannte Regenbogenfamilien rechtlich aufs Papier gekommen. Die Grünen fordern die weitere Gleichstellung von lesbischen und schwulen Lebensgemeinschaften ebenso wie die rechtliche Anerkennung der homosexuellen Familien.

Dazu gehört auch, dass die Verweigerung des Adoptionsrechtes für lesbische und schwule Paare aufgegeben wird und diese Familien genauso anerkannt werden wie heterosexuelle Familien.

Auch Lesben, Schwule und Transgender werden älter, dazu bedarf es weiterer Aufklärungsarbeit in Alten- und Pflegeeinrichtungen, damit Lesben, Schwule und Transgender frei von Diskriminierungen auch im Pflege- und Betreuungsfall leben können.

Wir unterstützen spezifische Projekte wie das schwule Patenprojekt, bei dem durch bürgerschaftliches Engagement ältere schwule Männern bei alltäglichen Problemen und Hürden unterstützt werden.

Lesben sind auch in München weitgehend unsichtbar und in der öffentlichen Debatte unter dem Label „schwul“ oft nur am Rande mitgemeint, wir fordern daher weitere Anstrengungen und Unterstützung bei der Förderung von Sichtbarkeit lesbischen Lebens.

Darüber hinaus brauchen Lesben spezielle Beratungsangebote z.B. im gesundheitlichen Bereich. Die Grünen haben sich dafür eingesetzt, dass Kooperationen der entsprechenden Einrichtungen gefördert werden bishin zu Aufklärung von Ärztinnen und Ärzten.

Migranten und Migrantinnen sind als Lesben, Schwule und Transgender doppelt benachteiligt, sie brauchen spezifische Beratungsangebote und unterstützende Maßnahmen, um selbstbewusst und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Grünen fordern, verstärkt Beratungskonzepte für lesbische und schwule Migrantinnen als Aufgabe in allen städtischen Bereichen verstärkt aufzunehmen.

Wir Grüne stehen auch in Zukunft für eine gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von lesbischen, schwulen und Transgender- Lebensentwürfen und werden diese vehement einfordern, unterstützen und fördern.

Integration gestalten: für eine interkulturelle Stadt!

München ist eine kulturell vielfältige, weltoffene Stadt. Mehr als jede dritte Münchnerin, jeder dritte Münchner hat Migrationshintergrund. Als europäische Metropole ist München auf Einwanderung angewiesen, um zukunftsfähig zu bleiben. Ohne die Innovationen, welche EinwanderInnen z.B. in der Kultur, der Wissenschaft und der Wirtschaft zu verdanken sind, wäre München nicht die prosperierende Stadt, die sie heute ist. Anders als die anderen Parteien haben die Grünen dies immer schon so vertreten. Erst mit dem „Zuwanderungsgesetz“ haben die SPD und die Union bekannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, nachdem sie 50 Jahre eine verfehlte Integrationspolitik im Bund betrieben haben. Dies ist auch der Grund, dass wir bei der Integration eines Teils der EinwanderInnen noch vor großen Aufgaben stehen.

Wir sehen Einwanderung als eine Bereicherung, aber auch als eine Herausforderung an.

Integration in der vielfältigen Stadtgesellschaft ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Sie bedeutet für uns Chancengleichheit, gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen sowie interkulturelle Verständigung.

Grünes Leitbild ist die multikulturelle Demokratie: Das bedeutet einerseits Respekt vor Verschiedenheit statt autoritärer Leitkultur mit Assimilationszwang; verlangt andererseits Anerkennung der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte statt Wertrelativismus und schließlich politische Partizipation auf allen Ebenen. Kultur ist für uns ein dynamischer Prozess. Die MünchnerInnen mit Migrationshintergrund sind sowohl von ihrer Herkunftskultur als auch von den hier vorherrschenden Orientierungen beeinflusst.

Die Gewinnung aller Bevölkerungsschichten und –gruppen für das Konzept einer vielfältigen, interkulturellen Stadt ist wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration. Nur wer sich willkommen, anerkannt und gewertschätzt fühlt, wird sich in der gemeinsamen Stadtgesellschaft zuhause fühlen und kann sich neuen kulturellen Anregungen öffnen.

Die EinwanderInnen bringen viele Potentiale mit, die unsere Stadt bereichern – etwa interkulturelle Erfahrung und Mehrsprachigkeit. Wir jedoch nutzen diese Potentiale noch viel zu wenig.

MigrantInnen dürfen weder im Bildungssystem noch im Arbeitsleben länger benachteiligt und ausgegrenzt werden; Institutionen in allen Bereichen müssen sich interkulturell öffnen und sich den Bedürfnissen einer veränderten Bevölkerungsstruktur anpassen – von Kindergärten und Schulen, über soziale Dienstleistungen, Einrichtungen im Gesundheitsbereich bis hin zum Alten- und Pflegebereich. Letzterer gewinnt angesichts des steigenden Anteils älterer MigrantInnen an Bedeutung.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir dafür gesorgt, dass München eines der bundesweit innovativsten Integrationskonzepte erhalten hat.

Wir GRÜNEN waren schon immer Vorreiter einer offensiven Integrationspolitik. Trotz der restriktiven Flüchtlingspolitik – die Festung Europa hat ihre Mauern gegenüber Flüchtlingen und AsylbewerberInnen längst hochgezogen, an den EU-Außengrenzen kentern Flüchtlingsboote und in den nordafrikanischen Enklaven wird auf Flüchtlinge geschossen – lebt eine große Zahl von Flüchtlingen in München. Die Grünen betrachten Flüchtlinge dezidiert als Zielgruppe ihrer Integrationspolitik. Wir haben uns sowohl erfolgreich für humane Lebensbedingungen dieser Gruppe eingesetzt wie auch für die Menschenrechte derjenigen, die keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben.

Insbesondere MigrantInnen erfahren im täglichen Leben vielfältige Diskriminierungen – um sie bei ihrem Kampf dagegen zu unterstützen, haben die Grünen die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle durchgesetzt.

Folgende Bereiche stehen für uns im Mittelpunkt von Integration:

· INTERKULTURELLE ÖFFNUNG

Wir haben erreicht und wollen weiterführen:

- Die Gründung der Stelle für interkulturelle Arbeit
- Die konsequente Umsetzung des dort erarbeiteten „Integrationskonzepts der Landeshauptstadt München“ insbesondere mit der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung
- Das Projekt „Interkulturelle Qualitätsentwicklung“, das in weiteren Sozialregionen durch geführt wird.

Wir fordern:

- Die Erhöhung des MigrantInnenanteils bei den Auszubildenden und MitarbeiterInnen in der Stadtverwaltung
- Bedarfsgerechte Planung und interkulturelle Orientierung des Gesundheits- und Altenhilfesystems sowie der Pflegeangebote
- Die Realisierung der neu beschlossenen Stadtratskommission, damit alle gesellschaftlich relevanten Grup-

pen in die Diskussion einbezogen werden

Die regelmäßige Vorlage eines indikatorengestützten Integrationsberichtes

SPRACHE UND BILDUNG (S. KAPITEL X, S. Y)

· Wir haben erreicht und wollen weiterführen:

· Interkulturelle Erzieherinnen an städtischen Kindergärten

· Interkulturelle Elternarbeit mit Projekten wie „Schule mal anders – Eltern lernen Deutsch“ (Elterndeutschkurse an Schulen), HIPPY (muttersprachige Helferinnen in Migrantenfamilien mit Vorschulkindern) und auch den Angeboten der Schulberatung International

· Verstärkung der berufsbezogenen Deutschförderung für Langzeitarbeitslose

Wir fordern:

· Der Bildungserfolg darf nicht länger vom sozialen Status des Elternhauses abhängen – deshalb:

· Verstärkung der Elternarbeit, um die Erziehungskompetenz zu stärken

· Verbesserung der (auch muttersprachlichen) Informationen über Angebote

· Interkulturelles Lernen als festen Bestandteil an allen Krippen, Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen sowie mehr Sprachförderangebote

· Förderung von Mehrsprachigkeit – z.B. in der von uns geforderten Reformschule und einer Internationalen Schule (s. S. xx)

Verbesserte Möglichkeiten des Nachholens von Schulabschlüssen und der Berufsvorbereitung sowie Maßnahmen zur beruflichen Integration von Jugendlichen

Bessere Koordination, Transparenz und Ausstattung (z.B. Großstadtzulage) der Integrationssprachkurse sowie frauenspezifische Themen im Curriculum

Die Möglichkeit von islamischem Religionsunterricht in unseren Schulen

POLITISCHE PARTIZIPATION

Wir fordern:

· Beteiligungsstrukturen auf allen Ebenen (auch für Jugendliche)

· Erstellung eines Konzeptes zur besseren Förderung und stärkeren Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen der MigrantInnen

· Professionalisierung und Stärkung des Ausländerbeirats unter Beibehaltung der Direktwahl

· Einbürgerungskampagne und Einbürgerungsfeiern

· Kommunales Ausländerwahlrecht

DIALOG MIT DEN MUSLIMISCHEN MÜNCHNERINNEN

Wir haben erreicht und wollen weiterführen:

· Den „runden Tisch Muslime“ beim grünen Bürgermeister Hep Monatzeder sowie weitere Maßnahmen zur besseren Berücksichtigung der Lebenssituation muslimischer MünchnerInnen

Wir fordern:

· Diskurse auch mit MuslimInnen, die nicht in Moscheevereinen organisiert sind

· Möglichkeiten der Bestattung gemäß dem eigenen Glauben

· Extremen Gruppierungen, die Menschenrechte (insbesondere auch Frauenrechte) ablehnen, muss konsequent entgegengewirkt werden.

· Ermöglichung des Moscheebaus in Sendling (siehe Kasten)

SENDLINGER MOSCHEE

Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt muss sichtbar sein. Praktizierenden MuslimInnen muss die Gelegenheit gegeben werden, ihre Religion nicht in Hinterhöfen, sondern in zentraler Lage und in repräsentativen Gebäuden ausüben zu können. Wo die von der CSU praktizierte religiöse Diskriminierungspolitik Gräben aufreißt, dumpfe Ressentiments bedient und Vorurteile weiter nährt, wollen wir für Verständnis und faires Miteinander werben. Als Zeichen, dass MuslimInnen ein gleichberechtigter Teil dieser Stadt sind, werden wir Grüne uns für den Bau einer Moschee am Gotzinger Platz einsetzen.

· Arbeitsmarkt

Wir fordern:

- Die interkulturelle Öffnung der Arge, insbesondere die Qualifizierung der MitarbeiterInnen und die interkulturelle Öffnung der Beratungsprozesse
- Langjährig geduldete werden verstärkt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert, ihnen wird dabei geholfen auf dem Wohnungsmarkt unterzukommen

· Interkulturelle Altenhilfe

Wir haben erreicht und wollen weiterführen:

- Den runden Tisch „Alt werden in der Fremde“
 - Studie über ältere MigrantInnen in München - mit Handlungsempfehlungen
- Ausbau muttersprachlicher Beratung

· Asyl, Flüchtlinge

Wir haben erreicht und wollen weiterführen:

- Aufbau des Flüchtlingsamtes (jetzt: „Amt für Wohnen und Migration“)
- Förderung von REFUGIO (Beratungs- und Behandlungszentrum für Opfer von Folter und Gewalt)
- Gut funktionierende Betreuung in Flüchtlingsunterkünften
- Soziale und humane Auslegung des Ausländer- und Asylrechts

„ILLEGALE“

Migration ohne gültige Papiere ist die Kehrseite einer Politik, die die Realitäten weltweiter Migration ordnungsrechtlich in den Griff bekommen will. Immer wieder reisen Menschen ohne gültige Papiere ein. MigrantInnen verlieren ihren Aufenthalt und können oder wollen nicht ausreisen. Oft leben Menschen Jahre in dieser rechtlosen Situation. Eine auf Antrag der GRÜNEN durchgeführte und bundesweit beachtete Studie kommt zu dem Schluss, dass in München bis zu 30.000 Menschen ohne gültige Papiere leben. Die GRÜNEN haben durchgesetzt, dass anerkannt wird, dass auch Illegale Rechte haben: ein Recht auf gesundheitliche Versorgung - endlich gibt es in München auch medizinische Betreuung für Nichtversicherte - und ein Recht auf Bildung von Kindern Illegaler.

Gesundheitspolitik

Gesundheit ist ein Grundbedürfnis jeder Bürgerin und jedes Bürgers.

Eine qualitativ hochwertige, nachhaltige und umfassende Gesundheitsversorgung ist das Ziel grüner kommunaler Gesundheitspolitik. Sie hat neben der Behandlung von Krankheit primär die Erhaltung der Gesundheit durch gezielte Vorsorge im Blick.

Die Gesundheitsreform der großen Koalition hat die Chance verpasst, eine dringend notwendige und umfassende Neustrukturierung des Gesundheitssystems durchzuführen. Weder wurde die Finanzierung des Gesundheitssektors dauerhaft gesichert, noch wurde das Ziel einer umfassenden und patientenorientierten Reform erfüllt. Lobbyinteressen beherrschen weiter die Struktur des Gesundheitssektors.

Die Folgen tragen auch die Münchnerinnen und Münchner: Erhöhung der Beiträge und Einschränkungen der Leistungen bzw. Erhöhung der selbst zu finanzierenden Leistungen.

Die Grünen setzen sich für die Sicherstellung einer medizinischen notwendigen Versorgung für alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort ein. Ganz wichtig sind uns dabei mehr Transparenz und mehr Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Das kommt dem Bedürfnis der Patientinnen und Patienten nach kurzen Wegen und nach Versorgungsketten, in denen die AnbieterInnen von Gesundheitsleistungen Hand in Hand arbeiten, entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnt und die integrierte Versorgung weiter ausgebaut wird. Die Gesundheitsversorgung muss sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientieren, wir unterstützen die Selbsthilfe und die Stärkung der Patienteninteressen in allen relevanten Bereichen.

Ein zentrales Anliegen grüner Gesundheitspolitik ist die Stärkung der Prävention

damit Krankheiten, die sich z.B. aus Umweltbelastungen, falscher Ernährung, fehlender Bewegung oder Rauchen ergeben, erst gar nicht entstehen.

Prävention umfasst für uns dabei nicht nur medizinische, sondern auch soziale Aspekte, denn Gesundheit ist eng mit der sozialen Lage und dem Bildungsstatus verknüpft. Prävention und Gesundheitsförderung dienen somit auch dem Abbau ungleicher sozialer Gesundheitschancen.

Ein Schwerpunkt soll die Gesundheitsförderung in der frühesten Kindheit sowie Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen sein, dazu gehört u.a. der Sportunterricht ohne Leistungsdruck.

Wir unterstützen die Ausweitung der Betreuung von Kleinkindern bis 3 Jahren durch Kinderkrankenschwestern in Form der Hausbesuche um im frühen Stadium Defizite zu erkennen und Eltern bei der Betreuung zu unterstützen. Und wir fordern den Einstieg präventiver Hausbesuche bei den Kindern zwischen 4 und 6 Jahren, die keine Vorschuleinrichtung besuchen. Darüber hinaus soll in Grund- und Hauptschulen in sozial benachteiligten Stadtvierteln die präventive Gesundheitsvorsorge ausgebaut werden.

Auch bei den älteren Münchnerinnen und Münchnern spielt die Prävention eine große Rolle: wer gesund ist, kann länger ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben führen.

Der Ausbau interkultureller Gesundheitsangebote steht ebenso auf der grünen Agenda wie auch die Implementierung der Gender mainstreaming Strategie in allen Bereichen des Gesundheitssektors. Bei Prävention, Diagnostik und Therapie müssen die geschlechtsspezifischen Unterschiede stärker berücksichtigt werden. Der gesellschaftliche, aber auch medizinische Druck auf werdende Mütter, sich pränataler Diagnostik zu unterziehen steigt in erheblichem Maße. Dieser Entwicklung treten wir entgegen. Wir verteidigen mit Nachdruck die Selbstbestimmung von Müttern und Vätern bei Schwangerschaft und Geburt und setzen uns für den Erhalt der Beratungsstellen für schwangere Frauen ein.

Im Sinne einer ganzheitlichen gesundheitlichen Versorgung nehmen immer mehr BürgerInnen die Angebote alternativer Heilmethoden von der Homöopathie bis hin zu ethnomedizinischen Angeboten wahr. Wir sehen darin eine große Chance und fordern eine stärkere Öffnung des Gesundheitsektors in diesen Bereichen.

Das städtische Klinikum befindet sich in einer Umbruchphase; durch die neue Finanzierung über Fallpauschalen wurden massive Veränderungen in der Struktur der klinischen Leistungen notwendig.

Die Grünen sehen in der Umstrukturierung des Klinikums eine Chance zu effizienteren Strukturen, die letztendlich den Patienten zu Gute kommen und das Klinikum für den sich verschärfenden Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt positionieren. Dennoch darf es nicht ausschließlich um den ökonomischen Aspekt gehen. Die Stadt München muss Orte bereit halten, die Zuwendung, Anteilnahme und Menschlichkeit gewährleisten.

Um eine gute Versorgung der BürgerInnen zu gewährleisten haben die Grünen sich für die Festlegung von Leistungszielen eingesetzt, die vom Klinikum zu erfüllen sind. Dazu gehören sowohl Patientenorientierung und medizinische und pflegerisch hochwertige Versorgung wie auch Mitarbeiterorientierung und ökologische Standards.

Die Stärkung der Patientenrechte ist uns ein wichtiges Anliegen, die sowohl beim Beschwerdemanagement, beim Qualitätsmanagement und der zukünftigen Leistungsstruktur des Klinikums stärker berücksichtigt werden müssen.

Sucht:

Grüne Suchtpolitik setzt auf Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung, es gilt Suchtprobleme möglichst gering zu halten und Menschen, die drogenabhängig sind, frühzeitig zu helfen.

Die Grünen haben in den vergangenen Jahren das niedrigschwellige Hilfsangebot aus Kontaktläden, Substitutionsprogrammen und Streetwork eingefordert und umgesetzt, wir fordern auch in Zukunft ein breitgefächertes Hilfsangebot zu erhalten und wenn möglich auszubauen.

Unsere Forderung nach Rückzugsräumen bleibt trotz der ablehnenden Haltung der bayerischen Staatsregierung aufrecht erhalten. Wir wehren uns energisch gegen die Kriminalisierung von Konsumenten und den Einsatz von Videoüberwachung an sogenannten Drogenplätzen.

Neben der Entkriminalisierung muss aber auch ein stärkeres Gewicht auf die Beratung und Aufklärung im

Bereich von Designerdrogen und Cannabis gelegt werden.

Neben der Überprüfung des Reinheitsgehaltes sind auch die Gefahren zu thematisieren. (Doppeldiagnosen) Aufklärung und Prävention ist nach wie vor ein zentrales Anliegen grüner Suchtpolitik, Aufklärung muss bereits an den Schulen beginnen, dabei sind insbesondere die sogenannten weichen Drogen (Alkohol, Nikotin) zu thematisieren.

Medikamentensucht ist nach wie vor eine heimliche und verschriebene Sucht, von der vor allem Frauen betroffen sind. Hier fordern wir stärkere Aufklärung und Beratungs- und Präventionsangebote.

Psychiatrie

Die Grünen treten ein für eine wohnortnahe, ganzheitliche und dezentrale Psychiatrie.

Ambulant steht für uns vor stationär, daher haben wir den Aufbau gemeindepsychiatrischer Verbände, sozialpsychiatrischen Kriseninterventionsdiensten in München immer unterstützt und eingefordert.

Psychiatrieerfahrene Menschen leben auch heute noch in Angst vor Ausgrenzung und Stigmatisierung. Gerade das Krankheitsbild der Depression zeigt einerseits wie viele Menschen davon betroffen sind, andererseits aber auch, wie sehr psychische Erkrankungen auch heute noch nicht als ernsthafte Erkrankungen wahrgenommen werden.

Wir fordern verstärkte Aufklärungsarbeit zu mehr Akzeptanz und die Stärkung der Selbstbestimmung und Interessensvertretung von psychisch kranken Menschen. Auch Angehörigenverbände von psychisch Kranken müssen Zugang zu den relevanten Gremien haben.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie müssen die Angebote ebenso ausgebaut werden wie im Bereich der Gerontopsychiatrie.

Wir fordern weiterhin spezielle Angebote für MigrantInnen mit psychischen Erkrankungen, mehr Einstellungen von ausländischem Fachpersonal und eine stärkere Zulassung von muttersprachlichen PsychotherapeutInnen.

Heroin als Medikament!

Das bundesweite Heroinerprobungsprogramm hat ergeben, dass Personen, die sich darin befanden eine signifikante Verbesserung ihrer gesundheitlichen und sozialen Situation erreichten bis hin zur Arbeitsaufnahme. Bisher nicht erreichte schwerstabhängige Personen konnten damit ins Hilfesystem integriert werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, zügig in eine Gesetzesinitiative zur Zulassung von Heroin als Medikament zu ergreifen.

Ernährung – gesund, bio und gentechnikfrei

Gesunde und vollwertige Ernährung hat bei den meisten Menschen bisher nur einen geringen Stellenwert.

Billig geht immer noch vor Qualität. Schnell geht immer noch vor frisch. Die konventionelle Landwirtschaft hat in Deutschland immer noch das Sagen und doch - das Bewusstsein ist gewachsen. Das einst so kleine Pflänzchen ökologischer Landbau hat sich entwickelt. Bio ist in. Das zeigt vor allem der Boom der vielen Bioläden in München, die in den letzten Jahren an vielen Ecken der Stadt aus dem Boden geschossen sind.

Dazu beigetragen haben sicher auch Krisen wie BSE. Immer mehr Verbraucher wollen wissen, was sie essen. Ökologische Produkte haben sogar Einzug in den konventionellen Supermärkten gehalten. Und doch bleibt Bio weiter eine Nische. Das Bewusstsein, dass eine vielseitige Ernährung wichtig für die Gesundheit ist, dass ökologische Lebensmittel weniger Schadstoffe enthalten und auch die Umwelt und das Klima schützen ist noch zu wenig verbreitet. Deshalb müssen wir vor allem Kinder an das richtige Essen heranführen. In der Kindheit wird der Grundstein für die spätere Ernährung gelegt. Und dazu gehören auch Kindergärten und Schule. Hier müssen die Kinder das lernen, was sie zuhause vielleicht nicht mitbekommen. Hier muss die Begeisterung für Bio, Vollwert, Frischkost geweckt werden. Geht es bei Bio zwar voran, bedroht die Gentechnik die Entwicklung zu gesünderem Essen. Die meisten Verbraucher wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmitteln und doch will uns die Nahrungsmittelindustrie damit beglücken.

Die Gammelfleischskandale in München haben deutlich gemacht, dass nur ein gut funktionierendes und vor

allem gebündeltes Kontrollsystem der kriminellen Machenschaften etwas entgegensetzen und ein umfassender Verbraucherschutz gewährleistet werden kann.

Was wir erreicht haben:

- Ökologischer Landbau auf den meisten städtischen Gütern, ansonsten artgerechte Tierhaltung
- München und der Landkreis sind gentechnikfreie Zone
- Kindergärten und Schulen besuchen städtische Güter und lernen die ökologische Landwirtschaft kennen.
- München ist seit 2006 Biostadt und ökozertifiziert
- Der Frischkostanteil in städtischen Kindertagesstätten und Schulen wurde gesteigert.
- Bei der Pausenverpflegung in Schulen konnte der Bioanteil erheblich gesteigert werden.
- 10 % Bioanteil in städtischen Kindergärten. Stadtratsziel: 50 % bis 2020
- Bis zu 50 % Bioanteil bei städtischen Empfängen
- weitere Bauernmärkte vermarkten regionale und ökologische Produkte
- Fleisch aus ökologischem Anbau in den städtischen Kantinen

Was wollen wir:

- Erhöhung des Anteils ökologischer Lebensmittel in städtischen Kindertagesstätten und Schulen auf mittelfristig 50 %
- Erhöhung des Anteils Frischkost in den städtischen Kindertagesstätten und Schulen auf 50 %
- Erhöhung des Anteils ökologischer Produkte in den städtischen Kantinen und Krankenhäusern und bei städtischen Empfängen. Reduzierung des Fleischangebots
- Mehr Bioprodukte auf dem Oktoberfest
- Einsatz von 30 % fair gehandelten Produkten bis 2010
- Bündelung aller Kompetenzen des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Referat für Gesundheit und Umwelt.

Sozialpolitik

Die Grünen bemühen sich seit vielen Jahren darum, allen in München lebenden Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Die Gründe für soziale Problemlagen in München sind vielschichtig – kommunale Sozialpolitik bedeutet deshalb auch vielschichtige Antworten auf oft komplexe Armutssituationen zu finden. Deshalb war es für die Grünen stets notwendig auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung – wovon die Sozialpolitik in den letzten Jahren entscheidend geprägt war – das Soziale Netz zu erhalten und gewachsene und erfolgreiche Hilfestrukturen nicht zu zerstören. Das ist gelungen. Auch wenn in verschiedenen Bereichen Einschnitte vorgenommen werden mussten, ist München noch immer die Stadt in Deutschland mit dem am besten ausgebauten Hilfenetz.

Auch wenn München wirtschaftlich derzeit wieder prosperiert und die Arbeitslosigkeit abnimmt – es wird immer deutlicher, dass viele Menschen in München von diesem wirtschaftlichen Aufschwung nicht erreicht werden: Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt sich zunehmend, Jugendliche ohne Schulabschluss und Berufsausbildung kommen aus dem Kreislauf von vorübergehenden Maßnahmen und zeitweiser Arbeitslosigkeit nicht heraus. Armutsbekämpfung muss genau diese Verfestigung von Armut bekämpfen. Beispielsweise verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit immer mehr, Menschen in prekären Beschäftigungen bleiben in schlecht bezahlten Tätigkeiten.

Kommunale Sozialpolitik muss genau diese Verfestigung von sozialen und materiellen Problemlagen bekämpfen.

Die Stadt München musste – wie alle anderen Kommunen in Deutschland auch – die Umstellung der gesamten Hilfesysteme von der alten Sozial- und Arbeitslosenhilfe hin zu den Gesetzeswerken im Rahmen von

Hartz IV (SGB II und SGB XII) bewerkstelligen. Die Folge sind substantielle Einschnitte bei den Leistungen der Arbeitssuchenden und der Empfänger von Sozialgeld und Grundsicherung. Vor allem der weitgehende Wegfall von Einzelfallhilfen bei Härtefällen sowie die Deckelung der Regelsätze auf (seit dem 1. Juli 2007 dann) 347,-- Euro führt bei Menschen die langfristig auf diese Gelder angewiesen sind zur Verarmung. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen in München auf Fürsorgeleistungen und Almosen angewiesen sind: Nicht mehr Rechtsansprüche helfen den Menschen über die Runden, sondern Leistungen Dritter wie Stiftungen oder die Münchner Tafel, die inzwischen bis zu 14.000 Bedürftige pro Monat erreicht.

Alle Statistiken zeigen: Armut korreliert mit Bildungsarmut. Mehr als 70% aller Langzeitarbeitslosen in München haben entweder keinen Schulabschluss und/oder keine Berufsausbildung. Armutsbekämpfung in diesem Bereich muss also explizit und nachhaltig den Übergang Schule – Ausbildung - Arbeitswelt bewältigen helfen.

Kinderarmut ist auch in München ein zentrales Thema der kommunalen Sozialpolitik. Kinderkrippen und Kindergärten sind eine wichtige Unterstützung für Eltern und vor allem für die Kinder, aus der Armutskarriere auszubrechen und ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

Stark überproportional von Armut betroffen sind MigrantInnen. MigrantInnen haben noch immer die ungünstigsten Arbeitsverhältnisse, verdienen im Schnitt deutlich weniger als ihre deutschen Kollegen und wohnen in den überbelegtesten Wohnungen.

Die Grünen haben sich in den letzten Jahren den Herausforderungen der Münchner Armutsbekämpfung strukturell und Gruppenbezogen in vielfältigen Aktivitäten gewidmet. Hier eine kleine Auswahl:

- Grüne haben als erste Alarm geschlagen als deutlich wurde, dass immer mehr Kinder durch die Regelungen des SGB II und des SGB XII in Armut rutschen. Grüne haben mit durchgesetzt, dass insbesondere die Situation von Kindern deren Eltern sich keinen Mittagstisch in Betreuungseinrichtungen leisten können, Hilfestellungen erhalten.
- Grüne haben erreicht, dass im Rahmen der Armutsbekämpfung alle Kinder von Hartz IV-EmpfängerInnen bei der Einschulung einmalig 100,-- Euro bekommen.
- Grüne haben sich intensiv dafür eingesetzt, die Situation von Hartz IV EmpfängerInnen offenzulegen und zumindest mit Hilfen aus städtisch verwalteten Stiftungen Hilfestellungen zu geben.
- Grüne haben erreicht, dass die Schuldner- und Budgetberatung deutlich ausgebaut wird – Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr treiben die Menschen nur weiter in die Armut.
- Grüne haben durchgesetzt, dass es ein Frühwarnsystem bei Stromsperrungen gibt. Eine Regelung zwischen Sozialreferat und Stadtwerken München soll Stromsperrungen möglichst vermeiden – oder wenn schon geschehen schnellst möglich wieder beenden.
- Grüne haben die Dezentralisierung der sozialen Arbeit in München stets Unterstützt und begleitet – Dezentralisierung ist Bürgernähe.
- Grüne haben sich durchgesetzt mit einem Paradigmenwechsel in der Obdachlosenarbeit. Während früher die vorübergehende Unterbringung von Wohnungslosen im Vordergrund stand, steht jetzt die möglichst rasche Vermittlung in angemessenen und dauerhaften Wohnraum an erster Stelle. Die von den Grünen durchgesetzten Kommunalen Wohnungsbauprogramme im Rahmen von Wohnen in München I - IV bedeuten den Bau von 150 Wohnungen für obdachlose Haushalte pro Jahr.
- Grüne haben durchgesetzt, dass von den 1200 Plätzen in stationären Einrichtungen der Altenpflege, die bis zum Jahr 2015 in München entstehen werden, 50% - also 600 - in alternativen Wohnformen entstehen werden. Das ist ebenfalls ein grüner Paradigmenwechsel: Weg von den Großeinrichtungen – hin zu stadtteil-

orientierten Programmen der Betreuung alter Menschen.

- Grüne haben die Armutssituation von MigrantInnen stets thematisiert. Besonders die Situation von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen, die nicht einmal die zu niedrigen Sätze des SGB II oder XII erhalten war hier im Blick. Da aufgrund einer Gesetzesänderung des Freistaates Bayern die Stadt München nur noch für die Asylbewerber mit Aussicht auf Daueraufenthalt zuständig ist, haben sich die Grünen – über das von ihnen geschaffene Amt für Wohnen und Migration – für die ausreichende Hilfestellung bei der Integration von Flüchtlingen eingesetzt.
- Grüne haben sich grundsätzlich für die Bekämpfung der Ausbildungs- und Sprachdefizite bei MigrantInnen eingesetzt.
- Grüne haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Behinderte auch weiterhin die Möglichkeit haben selbstständig zu leben und Anspruch auf ausreichende Betreuung – bis hin zur 24-Stunden-Betreuung – haben.
- Grüne lehnen auch weiterhin soziale Kontrolle als Ersatz für soziale Arbeit ab. Die Überwachung und Vertreibung von sozialen Problemgruppen – wie beispielsweise am Orleansplatz geschehen – verhindert das Erreichen dieses Personenkreises indem er vertrieben wird. Problembereiche im öffentlichen Raum müssen durch das richtige Maß von Sozialem Angebot und Repression bearbeitet werden. Vertreibung ist keine Lösung.

Insgesamt haben die Grünen einen selbständigen und selbstbewussten Kurs in der Münchner Sozialpolitik gefahren. Wichtig war hier bei immer, die Vielfalt der Trägerlandschaft zu erhalten und auszubauen sowie die Autonomie der HilfeempängerInnen zu wahren. Das soll auch so bleiben. Die Grünen werden auch weiterhin:

- dafür eintreten, dass München eine Stadt bleibt, in der Sozialpolitik die Teilhabe aller am städtischen Leben ermöglicht.
- für das selbstbewusste und autonome Wohnen und Arbeiten Behinderter eintreten. Die Gleichstellungsgesetze sind konsequent umzusetzen.
- dafür eintreten, dass die kommunalen Beschäftigungsprogramme mit einem Volumen von 25 Mio Euro erhalten werden und zielgerichtet eingesetzt werden – gerade junge Menschen brauchen Ausbildung und Perspektive.
- für eine vielfältige Trägerlandschaft in München entstehen. Subsidiarität ist für Grüne eine Selbstverständlichkeit.
- die Selbstverantwortung des Einzelnen stärken. Sozialpolitik sollte soweit es geht immer Hilfe zur Selbsthilfe bedeuten.
- die erfolgreichen Programme zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, der Kinderarmut, der Bildungsarmut und der Armut von MigrantInnen fortführen.
- die Planungen des Freistaates bekämpfen, die ambulanten Pflegehilfen auf die Bezirke zu verlagern.
- dafür eintreten eine vernünftige Lösung für die Mobilitätsbedürfnisse von HilfeempängerInnen im öffentlichen Nahverkehr zu finden. In einem ersten Schritt werden derzeit die sinnvollsten Möglichkeiten für soziale Leistungen im Tarifgefüge des MVV analysiert.
- Kommunale Sozialpolitik sollte soweit möglich die Betroffenen mit einziehen- dauerhafte Lösungen und Verbesserungen der Lebenssituation sind häufig nur mit ihnen zu realisieren.

Die Stadt sind wir alle!

Bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung, bürgerfreundliche Verwaltung

Die Stadt München – das sind wir alle! Wir GRÜNEN sind selber aus Bürgerinitiativen entstanden. Schon lange haben wir uns von der Illusion verabschiedet, dass Staat und Verwaltung alles regeln, den BürgerInnen alle für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft notwendigen Aktivitäten abnehmen können und sollen.

Politik wird nicht nur im Rathaus gemacht. Ohne die Beteiligung einer aktiven Bürgerschaft, engagierter BürgerInnen, Initiativen vor Ort und den ehrenamtlich Bezirksausschussmitgliedern wäre München nicht das, was es ist.

In vielen Bereichen der Stadtgesellschaft – ob Umwelt, Soziales, Kultur, Planung, Integration – wären viele unersetzliche Projekte nie ohne Engagement der BürgerInnen entstanden. Green City im Umweltbereich, Refugio als Initiative für Folteropfer und traumatisierte Flüchtlinge, Wagnis, Wohnforum und der ETC mit interkulturellen Nachbarschaftstreffs und Mehrgenerationenhäusern, die InitiatorInnen des Eine-Welt-Hauses, sind hier Beispiele. Wir GRÜNEN haben solche Initiativen immer unterstützt und werden das weiter tun.

Ehrenamtliche Arbeit braucht professionelle Unterstützung. Hier sehen wir die Aufgabe der Stadt – durch Trainingsmaßnahmen, Infrastruktur, Informations- und Vernetzungsangebote, aber auch durch finanzielle Förderung von professionellen Kräften in Vereinen und Initiativen.

Ein wichtiges Anliegen ist es, die Vielfalt bei den Trägern von Sozial- und Kultureinrichtungen zu erhalten und zu stärken. Im Zweifelsfall hat für uns bei der Erfüllung von bürgerschaftlich notwendigen Aufgaben die kleine Einrichtung mit ihren engagierten BürgerInnen Vorrang vor einer staatlichen bzw. kommunalen Institution oder einem großen Verband.

BürgerInnen, die sich engagieren, wollen sich aber auch politisch beteiligen, unsere Stadtgesellschaft mitgestalten. Bürgerbeteiligung und politische Partizipation heißt immer auch: Stadtverwaltung und Stadtrat müssen Gestaltungsmacht an die BürgerInnen abgeben. Wir vertrauen auf das Engagement und die Verantwortung der Menschen und wollen sie nicht bevormunden. Immer wieder sind die GRÜNEN politisch bedrohten bürgerschaftlichen Einrichtungen wie dem Eine-Welt-Haus oder anderen wegen ihrer Ausrichtung angegriffenen Einrichtungen zur Seite gesprungen. Das wollen wir, wo notwendig, weiter tun.

Öffentliche Einrichtungen müssen sich noch mehr als bisher für die BürgerInnen öffnen, Betroffene mitgestalten und mitbestimmen lassen.

BürgerInnen, die sich engagieren wollen, stoßen aber auch immer wieder auf bürokratische Hemmnisse und einen unübersichtlichen Dschungel aus Zuständigkeiten in der Verwaltung. Hier muss Verwaltung bürgerfreundlicher werden.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung muss effizient, unbürokratisch und transparent sein. Hier ist einiges getan worden, doch sind weitere Bemühungen notwendig.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir:

- bürgerschaftliches Engagement auf vielfältige Weise fördern: Anerkennung, Schulung, Informationsangebote, Räume, Infrastruktur und finanzielle Förderung professioneller Kräfte sind hier Wege;
- weitere integrative, bürgerschaftliches Engagement und Bildungsangebote aktivierende Bewohnertreffs und Mehrgenerationenhäuser - vor allem in Neubau- und Armutsgebieten bzw. in Gebieten mit hohem Migrationsbevölkerungsanteil - fördern.
- innovative Formen der Bürgerbeteiligungsverfahren – etwa durch stadtteilbezogene Workshops und Zukunftswerkstätten zu Verkehrs- und Stadtplanung, Nutzung des öffentlichen Raums und Gestaltung des urbanen Lebens – ausbauen;
- das Potential an Selbsthilfe und Engagement von MigrantInnen erschließen;
- die älteren Menschen in den Stadteilen ermuntern, sich selbst zu organisieren, v.a. auch um ihre Kompetenzen an andere Menschen weiter zu geben
- Selbsthilfeinitiativen weiter unterstützen;
- Kinder und Jugendliche stärker beteiligen;
- zur Öffnung von Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen gegenüber den Betroffenen und ihren Beteiligungswünschen beitragen;
- das Engagement von BürgerInnen unterstützen und nicht durch unnötige Bürokratie blockieren; dabei sind etwa „Lotsen“ und Anlaufstellen für engagierte BürgerInnen ein Weg, damit sie sich nicht wie der sprichwörtliche Buchbinder Wanninger in dem Dschungel von Bürokratie und Zuständigkeiten verlaufen.
- die „gläserne Kommune“ im Sinne einer – etwa durch die Mittel des Internets – transparenten Verwaltung;
- dabei die Möglichkeiten des E-Government ausschöpfen – etwa durch Bereitstellung von Informationen im Internet, elektronischen Diskussionsforen und Bürgerbeteiligungsverfahren

- die Infrastrukturen zur Vernetzung von bürgerschaftlichen Aktivitäten erhalten;
- regionale Netzwerke vor Ort, Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit fördern;
- den Bezirksausschüssen mehr Entscheidungsrechte geben und die Mitglieder stärker
- professionell unterstützen.

Es sollten ehrenamtliche Webmaster für Stadtteilseiten gesucht werden. Momentan läuft ein Pilot, bei dem forstenried.de, trudering-riem.de und perlach.de dabei sind

Grüne Sicherheitspolitik – Sicherheitspolitik und liberales Großstadtleben verbinden

In Sicherheit zu leben ist Lebensqualität. Niemand möchte in einer Stadt wohnen, in der es Gegenden gibt, in die man oder frau sich abends oder nachts nicht hineintraut. München ist die sicherste Großstadt Europas – und so soll es auch bleiben. Dass das Leben in München so sicher ist, liegt zum einen an der Arbeit der Polizei – zum anderen aber ganz entscheidend an der Entscheidung von Rot-Grün, in der kommunalen Sozial- und Bildungspolitik einen Schwerpunkt zu setzen. Die Grünen haben immer betont, dass die Teilhabe an der Stadtgesellschaft entscheidend ist dafür, ob jemand seine Situation als chancenlos einschätzt – oder aber optimistisch beurteilt. Damit wollen wir nicht andeuten, dass Armut kriminell macht; aber dauerhafte Ausgrenzung und Benachteiligung und das Gefühl, nicht dazu zugehören und eben nicht von dem prosperierenden München zu profitieren, führen zu allen Verwerfungen, die schlechte Lebenslagen mit sich bringen. Dieser präventive Ansatz, wie wir Grüne ihn immer gefordert und unterstützt haben, hat sich bewährt und soll auch weiterhin helfen, die soziale Kluft in der Stadtgesellschaft zu überwinden.

Intensiv haben sich die Grünen darum bemüht, für bestimmte Gruppen der Stadtgesellschaft jeweils eigene zugehende Konzepte auszuarbeiten und umzusetzen. Sei es für kriminelle Jugendliche, sei es für MünchnerInnen mit Migrationshintergrund, sei es für Schwule und Lesben.

Die Grünen haben eine Initiative auf den Weg gebracht, um städtebauliche Kriminalprävention bei allen großen Baumaßnahmen in München zu verankern. Was bisher vor allem für das Sicherheitsgefühl von Frauen städtebaulich umgesetzt wird, soll nach internationalen Vorbildern bei allen größeren Baumaßnahmen zum Tragen kommen.

Das subjektive Sicherheitsgefühl der MünchnerInnen hängt stark davon ab, wie sicher sich jemand im öffentlichen Raum fühlt. Sicherheitsgefühl entsteht hier, wenn das Gefühl vorherrscht, hier kümmert man sich umeinander. Um dieses subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken, haben wir schon vor Jahren das Bündnis gegen Gewalt ins Leben gerufen, das heute im KVR angesiedelt ist. Wir haben durchgesetzt, dass immer ein vernünftiges Maß zwischen Sozialer Arbeit und Repression eingehalten wird, wenn Störungen im öffentlichen Raum auftreten. Als vor Jahren Bettler in der Fußgängerzone einfach weggeräumt werden sollten, haben wir erreicht dass, die Hilfsangebote vor den polizeilichen Maßnahmen kamen. Auch an einem schwierigen Platz wie den Orleansplatz sind wir der Ansicht, dass es Angebote braucht und nicht Vertreibung. Denn wer vertrieben wird, wird dann an anderer Stelle im Wohngebiet wieder auftauchen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Sicherheit und Sicherheitsgefühl vor allem durch Fußstreifen der Polizei entsteht. Deshalb haben wir immer darauf gedrängt, dass diese ausgebaut werden – und haben entsprechend kritisiert, wenn die Polizei diese immer wieder zurückgefahren hat.

Sicherheitspolitik – vor allem wenn sie präventiv tätig wird – bedeutet meist direkte Eingriffe in die Daten und privaten Lebenswelten von BürgerInnen. Sei es mit Rasterfahndungen, Fragebögen oder Videoüberwachung. Wir Grüne sind der Ansicht, dass ein zurecht bestehendes Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung seit Jahren aber auch dafür missbraucht wird, um Bürgerrechte und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auszuhöhlen. In den letzten Jahren wurden alleine im Bereich der Videoüberwachung im öffentlichen

Raum folgende Bereiche mit Kameras ausgerüstet oder stehen kurz davor: Bahnhofsvorplatz, Stachus, Marienplatz während des Christkindlmarktes (was aber sicher nur ein Pilotprojekt ist, um den Marienplatz bald ganzjährig zu observieren), Orleansplatz, die Ausrüstung aller S-Bahnzüge steht bevor, die Ausrüstung aller Busse, U-Bahnen und Straßenbahnen der MVG ist angekündigt, das Oktoberfest wird ebenfalls abgefilmt.

Die Einschränkung der Bürgerrechte durch Videoüberwachung interessiert SPD und CSU gleichermaßen nicht. Im Gegenteil: Die SPD ist in die Finanzierung der Videoüberwachung gemeinsam mit der CSU am Orleansplatz und am Marienplatz eingestiegen – weitere Bereiche werden nach einer Schamfrist folgen.

Die Grünen waren immer die einzigen, die konsequent sagen: Konzeptionelle Sicherheitspolitik ja, auch Repression, wenn es notwendig ist, aber keinen grenzenlosen Ausbau der Videoüberwachung. Diese Position der Grünen wird mit Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom März 2007 zur Videoüberwachung jetzt auch höchstrichterlich geteilt.

Die Grünen werden auch weiterhin:

- im kommunalen Bereich daran arbeiten, dass München die sicherste Großstadt Europas bleibt,
- aber auch darauf achten, dass Sicherheitsbedürfnisse nicht zu Maßnahmen führen, die einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der MünchnerInnen darstellen
- dagegen eintreten, dass die bereits sehr konkreten Planungen, alle Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs mit Überwachungskameras auszurüsten, umgesetzt werden
- dafür stehen, dass es eine vernünftige Balance von Sozial- und Sicherheitspolitik gibt.
- konzeptionelle Überlegungen einbringen, damit vernünftige Prävention vor Repression kommt

Rechtsextremismus

Die Grünen in München sind seit Jahren federführend beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Da Aufklärung eines der wichtigsten Elemente ist, beantragten und unterstützten Grüne viele Formen der Bewusstseinsbildung in Schulen und im außerschulischen Bereich. Rechtsextremisten haben dann keine Chance in der Gesellschaft auf Akzeptanz zu stoßen, wenn eine Stadtgesellschaft liberal und weltoffen ist. Daran arbeiten die Grünen mit Energie ebenfalls seit vielen Jahren. Durch gezieltes Vorantreiben von Erinnerungsarbeit gerade in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ soll rechtsextremem Gedankengut der Boden entzogen werden. Durch intensive Vernetzung mit Initiativen gegen rechts gelang es den Grünen immer wieder die braunen Netzwerke in München offen zu legen und aufzuzeigen, dass Rechtsextremismus nicht die Angelegenheit einiger rechtsextremer Einzelpersonen ist, sondern dass es viel mehr ein braunes Netzwerk gibt, das seine menschenverachtenden Parolen gezielt in diese Stadtgesellschaft trägt. Zur Kommunalwahl 2008 will die rechtsextreme und NPD-nahe Gruppierung „Pro München“ antreten. Wir werden alles dafür tun, dass die rechtsextreme Partei und ihre Inhalte nicht im Stadtrat vertreten sind.

Die Grünen haben in den letzten Jahren:

- durch verschiedene Anträge dafür gesorgt, dass das Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit auch und gerade in Schulen immer wieder Thema ist
- mit vorangetrieben, dass ein bildungspolitisches Netzwerk gegen Rechtsextremismus entstanden ist
- Immer wieder breite Bündnisse initiiert, um Neonaziaufmärschen entgegenzutreten
- Sich immer wieder rechtsextremen Äußerungen und ausländerfeindlichen und antisemitischen Parolen entgegengestellt
- grundsätzlich ihr Leitbild einer multikulturellen, liberalen und weltoffenen Stadt verfolgt und damit dazu beigetragen, dass Neonazis und ihre Parolen in München keinen Stiefel auf den Boden kriegen
- im Bereich der Erinnerungsarbeit vieles vorangetrieben, um das Ziel jeder Erinnerungsarbeit: „Nie wieder“ zu verfestigen und im Stadtbild zu verankern. So haben wir unter anderem: Das NS-Dokumentationszentrum, das auf eine grüne Initiative zurückgeht, weiter vorangetrieben, so dass 2008 hoffentlich die Grundsteinlegung erfolgen kann. Wir haben die Kulturgeschichtspfade und den Themengeschichtspfad zur Münchner NS-Geschichte intensiv begleitet. Das jüdische Zentrum am Jakobsplatz wurde von den Grünen in jedem Schritt seiner Entstehung unterstützt. (siehe S. x [Kulturprogrammteil])

Die Grünen werden in den nächsten Jahren

- auch weiterhin jeglichem rechtsextremen Gedankengut auf allen Ebenen entgentreten
- auch weiterhin demokratische Bündnisse organisieren, um Neonaziaufmärsche in München nicht ungestört stattfinden zu lassen
- auch weiterhin in Bildung gegen rechts investieren
- das NS-Doku-Zentrum weiterhin mit aller Macht vorantreiben
- dafür sorgen, dass das Denkmal der Opfer des rechtsextremen Bombenanschlags auf das Oktoberfest endlich eine der Bedeutung angemessene Ausgestaltung erhält
- dafür sorgen, dass die Erinnerungsarbeit zu 75 Jahre Machtergreifung im Jahre 2008 entsprechend bei den Feierlichkeiten zum 850. Stadtgeburtstag ebenfalls 2008 berücksichtigt und eingearbeitet wird.
- den Prozess zur Umsetzung neuer Formen des Erinnerns und Gedenkens an die NS-Geschichte intensiv begleiten

Kultur

Kultur ist das Salz des urbanen Lebens. Eine ausdifferenzierte Stadtgesellschaft braucht ein funktionierendes kulturelles Leben und ein vielfältiges kulturelles Angebot – gerade angesichts der Zentrifugalkräfte von Markt, Globalisierung und Ausgrenzung. Die Teilhabe am kulturellen Leben bindet Gruppen und Einzelpersonen an die Stadtgesellschaft. Das kulturelle Leben muss für alle und für alle Bedürfnisse ein Angebot bereithalten. Nur wer sich im kulturellen Angebot wiederfindet, wird sich auch mit der Stadt identifizieren. Kultur wirkt lokal, aber bringt die globalen Zusammenhänge in die Stadt und in unsere Köpfe und Herzen. Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselpompetenzen, die für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Bildung von Kindern, Jugendlichen, Senioren und Menschen aus anderen kulturellen Traditionen.

Kunst und Kultur können eine Brücke sein zwischen den Menschen aus verschiedenen Ländern in unserer Stadt; wir unterstützen die Vielfalt der Kulturen und wollen den interkulturellen Dialog verstärken.

Wir brauchen im kulturellen Leben Münchens Institutionen der Hochkultur mit Weltniveau wie die Philharmoniker, genauso aber eine lebendige freie Szene und Subkultur sowie lokale Ansätze in der Stadtteilkultur. Moderne Stadtgesellschaften leben von ihrem kreativen Potential. Dabei spielen Kunst und KünstlerInnen eine besondere Rolle. Sie müssen noch mehr als bisher einbezogen werden, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, neue Sichtweisen und Ideen jenseits ausgetretener Pfade zu entwickeln.

Längst ist München eine internationale, interkulturelle und interreligiöse Stadt. Die Grünen haben die Errichtung des jüdischen Zentrums am Jakobsplatz intensiv begleitet und stehen für die Errichtung der Sendlinger Moschee. Interkulturalität muss auch im Stadtbild sichtbar sein.

Kultur muss gerade in München auch immer Erinnerungsarbeit sein. Endlich wurde das Jüdische Museum eröffnet, das NS-Dokumentationszentrum wird trotz aller Widrigkeiten kommen, die Kulturgeschichtspfade werden jedes Jahr mehr. Als einzige Partei sind wir der Ansicht, dass auch in München – wie in vielen anderen deutschen Städten – sog. Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete und vertriebene Münchner Juden im öffentlichen Straßengrund eingelassen werden sollten.

Seit Jahren treten die Grünen dafür ein, von den Nazis nach Ereignissen und Verbrechen des deutschen Kolonialismus benannten Straßen umzubenennen; wir haben erreicht, dass die von-Trotha-Straße in Hererostraße umbenannt wird.

Kultur muss Neues wagen. Hier haben sich die Grünen wiederholt für Außergewöhnliches stark gemacht. Das große Kunstwerk Mae West, das zukünftig am Effnerplatz entsteht, würde ohne die Grünen nicht kommen.

Die Grünen stehen im Kulturbereich für

den Erhalt der kulturellen Vielfalt. Kultur für alle bedeutet, dass es Kultur auch vor Ort in den Stadtteilen gibt, sondern besonders auch, dass sich jegliches kulturelle Angebot darum bemüht, für alle da zu sein. Erhalt kultureller Vielfalt bedeutet die Qualitätssicherung von Leuchttürmen wie Kammerspielen oder Lenbachhaus aber auch von Breitenangeboten wie Volkshochschule und Stadtbüchereien

Raum und Entwicklungsmöglichkeiten für die Aktivitäten der freien Szene; für Avantgarde und unangepasste Gruppen

eine aktivierende Kulturpolitik. Kulturpolitik soll dazu beitragen, dass möglichst viele Stadtbewohner, von reinen KonsumentInnen zu aktiven GestalterInnen des Kulturlebens werden – besonders in in der Kinder- und Jugendkultur und bei der Begleitung jünger KünstlerInnen

Zur Umsetzung der Ziele treten die Grünen dafür ein, dass

das NS-Dokumentationszentrum, das von den Grünen entscheidend vorangetrieben wurde, endlich kommt – unser Ziel ist die Grundsteinlegung Sommer 2008 zum 850. Stadtgeburtstag

das Stadtmuseum auch weiterhin grundlegend renoviert wird und das Museum der Stadt für das 21. Jahrhundert wird

das Lenbachhaus historisch behutsam renoviert wird und museumstechnisch wie -pädagogisch zukunftsfest gestaltet wird

das Deutsche Theater als Musicalbühne mit seiner Vielfalt erhalten bleibt.

das Konzept der Mittelpunktsbibliotheken umgesetzt wird. Die Stadtbibliotheken München sollen auch weiterhin ein dezentrales, hochwertiges Angebot bereitstellen.

die Förderung der Stadtteilkultur in reformierter und modernisierter Form erhalten bleibt

- das von den Grünen initiierte und von vielen Gruppen getragene Eine-Welt-Haus auch weiterhin als interkultureller Treffpunkt und Zentrum der Friedens- und Nord-Süd-Arbeit gegen alle Anfeindungen verteidigt wird
- sich die Münchner kulturellen Institutionen für die gut 1/3 MünchnerInnen mit Migrationshintergrund öffnen und MigrantenkünstlerInnen gleichberechtigt am öffentlich geförderten Kunst- und Kulturbetrieb teilhaben
- die Förderung der kleinen Gruppen sowohl im Theater als auch im Musik-, Kabarett und Tanzbereich weiterhin erhalten bleibt und diese bei Raum- und Sponsorsuche, Genehmigungsverfahren etc. besser unterstützt werden
- das von den Grünen beantragte „Büro für Zwischennutzungen“ KünstlerInnen für temporäre Aktivitäten unterstützt
- KünstlerInnen Ateliers zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden und die Künstlerkolonie in der Domagkstraße soweit möglich erhalten bleibt
- ein Proben- und Theaterhaus München „Performance Art Center München“ geschaffen wird, um die Rahmenbedingungen für die freien Theatergruppen, -projekte und -festivals zu verbessern und die Voraussetzungen für überregionale Kooperationen zu fördern.
- die Freie Kunst – gerade auch verstörende und kontroverse – im öffentlichen Raum erhalten bleibt; der öffentliche Raum nicht Privat- und Partikularinteressen überlassen wird, sondern unter Einbeziehung der Kunst für alle urban und lebenswert gestaltet wird
- das grün initiierte Vorhaben eines großen Kunstprojekts/Denkmals im öffentlichen Raum zur demokratischen Entwicklung Münchens zur 850-Jahr-Feier 2008 auf einem der zentralen Plätze der Altstadt verwirklicht wird
- neue Wege gesucht werden, KünstlerInnen schon im Vorfeld von Stadtgestaltungsfragen miteinzubeziehen
- eine Kulturtaxe eingeführt wird, bei dem alle, die München besuchen, eine kleine Summe bei der Übernachtung im Hotel dazuzahlen – mit der Folge, dass die Kultureinrichtungen in München 5–10 Mio. € mehr zur Verfügung hätten.

München in der Einen Welt

Global denken – lokal handeln - das war für die Grünen im Münchner Rathaus seitdem sie zum erstenmal in den Münchner Stadtrat gewählt wurden Auftrag und Verpflichtung zugleich. Eine Millionenstadt wie München muss sich aus Sicht der Grünen so verhalten, dass sie möglichst wenig Schaden in der sog. „Dritten Welt“ anrichtet – aber auch ihre Position nutzt um ökologische Verantwortung für zukünftige Generationen und soziale Gerechtigkeit in internationalen Beziehungen umzusetzen.

Hier haben die Grünen in langjähriger Arbeit erreicht,

- dass München Mitglied im Klimabündnis mit den Völkern Amazoniens ebenso wie in einer Reihe anderer der Nachhaltigkeit und dem ökologischen Handeln verpflichteter internationaler Gremien wurde und versucht die Verpflichtungen daraus einzuhalten.
- dass Klimaschutz auf der Agenda in München ganz oben steht – denn die Völker in den armen Ländern dieser Erde sind die ersten, die die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu spüren bekommen.
- dass keine Produkte aus Tropenholz, keine Produkte aus Kinderarbeit – wie Teppiche, Fussbälle oder Grabsteine - und möglichst viele Produkte aus fairem Handel von seiten der Stadtverwaltung München verwendet werden.
- dass es eigene Regularien für Altkleidersammlungen gibt, die die Märkte in den Ländern der „Dritten Welt“ nicht mit Billigprodukten überschwemmen sollen.
- dass München mit Harare eine Partnerstadt in der „Dritten Welt“ hat – mit allen Schwierigkeiten, die die verheerende Menschenrechts- und Versorgungslage in Zimbabwe mit sich bringt. Dennoch hat München dank der Grünen immer Kontakt zu den Menschenrechtsgruppen in Harare gehalten.
- dass München immer wieder mit Hilfen eingesprungen ist um von Umweltkatastrophen zerstörten Län-

dern oder Regionen zu helfen – wie beispielsweise in Sri Lanka und Indonesien nach dem Tsunami im Jahre 2002 (?)

□ dass München mit dem Eine-Welt-Haus ein Zentrum für MigrantInnen und Flüchtlinge aus aller Welt hat. Ein Zentrum wo der Austausch der MünchnerInnen mit und ohne Migrationshintergrund stattfinden kann und wo Solidaritätsarbeit genauso möglich ist wie Hintergrundveranstaltungen zu verschiedensten Konflikten auf diesem Globus.

□ dass München weit über seine kommunale Verantwortung hinaus, trotz der Bayerischen Staatsregierung, eine soziale und humane Flüchtlingspolitik verfolgt.

□ dass das Thema des Nord-Süd-Konfliktes verstärkt Teil der Lehrerfortbildungen geworden ist.

Die Grünen werden auch weiterhin engagiert dafür eintreten,

□ dass München sich seiner Rolle und Verantwortung in der Einen Welt bewusst ist.

□ dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit Schwerpunkte der Münchner Kommunalpolitik bleiben.

□ dass der Katalog der fair gehandelten Produkte, die die Stadtverwaltung verwendet, ausgeweitet wird

□ dass das Eine-Welt-Haus seine wichtige Rolle auch weiterhin übernehmen kann ebenso wie andere Initiativen in der Nord-Süd-Arbeit wie das Nord-Süd-Forum oder das Ökumenische Büro.

□ dass die Städtepartnerschaft mit Harare fortgeführt wird – und ausgebaut wird, sobald die Situation in Harare dies zulässt.

□ dass München für Flüchtlinge eine soziale und humane kommunale Flüchtlingspolitik bereit hält.

Sport

In München wird das Thema Sport groß geschrieben. 600.000 Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie mehr oder weniger regelmäßig Sport treiben. Über 500.000 sind Mitglied in einem der mehr als 700 Sportvereine. Die Angebotspalette reicht von Aerobic über Klettern bis Yoga und Zauberkünsten. Junge und Alte, Frauen und Männer, Menschen mit den unterschiedlichsten Handicaps – alle können ein für sie passendes Angebot finden und wer die Verbindlichkeit einer Vereinsmitgliedschaft nicht möchte, dem stehen vielfältigsten Möglichkeiten im Freizeitsport offen.

DASbei ist uns bewusst, dass sich unterschiedlichste Sportpräferenzen von Frauen und Männern auch in der unterschiedlichen Nutzung von Sportstätten und Sportgelegenheiten widerspiegeln.

Es gibt kaum eine Sportart, die in München nicht ausgeübt werden kann. Gerade „Mitmachangebote“ wie die Blade – night, Triathlon für alle oder Volksläufe erfreuen sich immer größerer Beliebtheit

Aufgabe der Kommune ist es in erster Linie ausreichend Räume für Sporttreibende zu Verfügung zu stellen.

Die Grünen setzen sich ein dafür ein, dass:

· bei allen größeren Neubaugebieten Bezirkssportanlagen von Anfang an mitgeplant werden, um späteren Beschwerden von Anwohnern vorzubeugen

· ausreichend Flächen für Freizeitsport vorgehalten werden

· öffentlicher Raum für Mitmachprojekte zur Verfügung gestellt wird und auch kleinere Anbieter solcher Events logistisch unterstützt werden.

· besitzende Vereine unterstützt werden, um ihren Erhalt zu garantieren

Wir Grünen haben uns intensiv dafür eingesetzt, dass Sportstätten von allen Münchnerinnen und Münchnern genutzt werden können. So wurde auf Grünen Antrag hin ein Frauenbadetag eingerichtet, an dem es nicht nur muslimische Frauen genießen, ohne Männerblicke schwimmen zu können. Wir konnten erreichen, dass in den neuen Richtlinien zur Bezuschussung von Vereinen ein Faktor für den Mädchensport mit aufgenommen wurde, was nun hoffentlich mehr Vereine dazu anregen wird, gezielt Sportangebote für Mädchen in ihr Programm aufzunehmen.

Für die Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Sport ist der gleichberechtigte Zugang zu Ressourcen nötig, für den wir uns einsetzen.

Sport zur Gesundheitsförderung ist heute im Kommen. Viele Vereine arbeiten mit Krankenkassen zusammen und bieten neben dem klassischen Sport immer häufiger auch Wellness und Massagen an. Dieser Trend wird dadurch verstärkt, dass immer mehr ältere Menschen Sport treiben wollen.

Sportvereine haben einen wichtigen Part bei der Vermittlung von sozialen Kompetenzen. Ein faires Mitein-

ander – aber auch ein maßvolles Gegeneinander, gegenseitige Rücksichtnahme, die Erkenntnis, dass beim Mannschaftssport nur das gesamte Team gewinnen kann, aber auch die Erfahrung, dass ein Schulfreund, der in der Schule vielleicht eher zurückhaltend ist, weil er die deutsche Sprache nicht beherrscht oder von zu Hause her wenig Vorwissen mitgebracht hat, auf einmal zu den Besten gehören kann, all das trägt dazu bei, dass junge Menschen spielerisch lernen können, wie ein guter Umgang miteinander möglich ist. Doch auch im Sport wird der Umgang immer rauer und manch ein Verein ist überfordert mit der zunehmenden Gewalt bei Sportveranstaltungen. Wir unterstützen eine Arbeitsgruppe des Münchner Sportbeirates, die sich mit den verschiedensten Akteuren über das Thema „Gewalt im Sport“ austauschen will und Gewaltprävention konzeptionell verankern will.

Wir setzen uns dafür ein dass:

- mehr Mädchen und Frauen zum Sport animiert werden, u.a. durch Angebote, die den spezifischen Interessen Rechnung tragen.
- die Sportvereine auch für Gesundheitsförderung und Seniorenprogramme Unterstützung bekommen
- sich Sportvereine für ihrer Anti – Gewalt – Arbeit Unterstützung von Außen holen können
- Übungsleiter sowohl in der Erstausbildung wie auch bei der Weiterbildung sozialpädagogische Wissen und interkulturelle Kompetenz vermittelt bekommen
- die kulturelle Vielfalt in den Vereinen ausgebaut wird und gerade für Migrantinnen mehr Angebote eingerichtet werden. Vereine, die die kommunalen Integrationsbemühungen untergraben, müssen auf den Prüfstand gestellt werden.

Spitzensport in München wird in erster Linie mit Fußball in Verbindung gebracht. Dabei ist bei der jährlich stattfindenden Ehrung von Deutschen Meistern bzw. internationalen Siegern festzustellen, dass wir in einigen anderen Sportarten durchaus vergleichbare Erfolge vorweisen können. Besonders die behinderten Sportlerinnen und Sportler aus München haben international sehenswerte Siege eingefahren.

Trotzdem wird diesen Erfolgen in der Öffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit gezollt, die sie verdient haben. Dabei zeigt sich das Münchner Sportpublikum offen für die verschiedensten Veranstaltungen, was nicht nur die Europameisterschaft in der Leichtathletik, sondern auch ausverkaufte Handballspiele oder zahlreiche Zuschauer bei Marathonläufen zeigen.

Um auch weiterhin ein vielfältiges Breitensportangebot zu haben, braucht München den Spitzensport und um weiter im Spitzensport erfolgreich zu sein brauchen wir den Breitensport: denn gerade Kinder brauchen Vorbilder und Helden, denen sie nacheifern können, um sich für eine Sportart begeistern zu können und nur, wenn viele Kinder eine Sportart ausüben, können auch Spitzensportler gefunden werden.

Noch zeigen die Veranstalter von Sportwettkämpfen Interesse, diese auch in München auszutragen, doch immer mehr andere Kommunen bieten ein attraktiveres Angebot, bessere Beratung, modernere Hallen, während wir immer noch meinen, allein der Name München zählt.

Sollte der Spitzensport in München zurückgehen, wäre dies auch in wirtschaftlicher Hinsicht ungünstig.

Viele Sportfans – gerade jenseits des Fußballs – nutzen oft die Gelegenheit nicht nur das Sportereignis zu verfolgen, sondern auch die Stadt, in der es stattfindet kennen zu lernen. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür waren die Eurogames – die schwul – lesbischen Europameisterschaften, zu denen tausende für einige Tage nach München kamen, die Hotels belegten, die Kaufhäuser und Lokale besuchten und viele – angetan von der guten Stimmung – planten, wieder zu kommen.

Damit dies auch in Zukunft machbar ist fordern wir:

- ein modernes Raum- und Flächenmanagement im Sportbereich
- kundenfreundliche Beratung für Sportveranstalter aus einer Hand
- Unterstützung von Sportveranstaltern, die nach München kommen wollen
- Entwicklung von Unterstützungskonzepten für den nichtprofessionellen Spitzensport in München (z.B. Ballsportarten ausser vom Fußball), damit München entsprechend seiner Positionierung als Sportstadt in Zukunft und international Akzente setzen kann.